

1 **3. Tagung des 1. Landesparteitages DIE LINKE. Thüringen**
2 **Arnstadt, 27. 3. 2009**

3
4 Einreicher: Landesvorstand

5
6 **Politikwechsel für Thüringen – jetzt!!**
7 **Das Regierungsprogramm der LINKEN zur Landtagswahl 2009**
8

9 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme:**

10 Liebe Thüringerinnen und Thüringer,

11 Sie haben die Wahl!

12 Mit ihrer Stimmenabgabe am 30. August 2009 entscheiden Sie, wie es in unserem Land weitergeht!

13 Mit dieser Wahl haben Sie die Chance, einen grundlegenden Wechsel einzuleiten!

14
15
16
17 In den zurückliegenden knapp zwei Jahrzehnten hat sich Thüringen enorm verändert, sichtbar
18 verändert. Mit der Bildung des Freistaates wurde das historische Erbe neu ins Bewusstsein gerückt.
19 Große Veränderungen und Errungenschaften haben ihre Wiege in Thüringen. Luther erneuerte das
20 Christentum, Goethe und Schiller machten Thüringen vorübergehend zum geistig-kulturellen Zentrum
21 Europas, berühmte Komponisten und Intendanten verhalfen den Thüringer Theatern zu einem
22 ausgezeichneten Ruf, Walter Gropius und seine Mitstreiter des Bauhauses begeisterten mit völlig
23 neuen Ideen, Architektur, Wirtschaft und Kultur. In den letzten Jahren wurden Innenstädte, Dörfer und
24 Kulturdenkmale aufwendig saniert, neue Straßen gebaut bzw. vorhandene ausgebessert,
25 Umweltsünden beseitigt. Unternehmen haben sich neu angesiedelt, Arbeitsplätze wurden geschaffen;
26 Hochschulen und Forschungseinrichtungen haben sich etabliert.

27
28 Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass in Thüringen in 19 Jahren CDU-Regierung auch die
29 Kluft zwischen Arm und Reich immer tiefer wird und immer weniger Menschen am gesellschaftlichen
30 Fortschritt gleichberechtigt teilhaben. Die CDU ist verantwortlich für die Anhäufung von mittlerweile
31 15 Milliarden Euro Schulden. Stagnation und z. T. Rückschritte sind an vielen Stellen greifbar. Eine
32 verfehlte Bildungspolitik vertieft die soziale Selektion und Spaltung. Tausende Kinder in Thüringen
33 leben in Armut. Thüringen ist deutschlandweit zum Billiglohnland Nummer 1 geworden. Viele
34 Menschen erhalten trotz eines Vollzeitjobs ergänzend Hartz-IV. Täglich verlassen knapp 60 junge
35 qualifizierte Leute den Freistaat. Städte und Gemeinden sind zunehmend in ihrer finanziellen Existenz
36 bedroht. Direkte demokratische Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern wird seitens der herrschenden
37 CDU nur halbherzig akzeptiert. Mit den automatischen Diätenerhöhungen für Abgeordnete wurde
38 durch CDU-Mehrheit eine Selbstbedienungsmentalität gesetzlich sanktioniert. Und die CDU-Politik
39 trägt auch die Verantwortung dafür, dass Vettern- und Parteibuchwirtschaft, schwarzer Filz regelmäßig
40 bedient und unsägliche Skandale produziert werden.

41
42 Eine solche Situation verlangt geradezu nach Veränderung!

43 **Doch VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme!**

44
45 Auch auf Bundesebene vollzieht sich eine ähnliche Entwicklung. Seit Jahren behauptet eine neoliberale
46 Propaganda, wegen der Globalisierung und der Demographiezahlen sei der angeblich „ineffiziente“
47 Sozialstaat am Ende. In Wahrheit jedoch geht es aber um die Durchkapitalisierung aller Bereiche des
48 menschlichen Lebens aber auch der Privatisierung des öffentlichen Eigentums. Alles dient dem Ziel
49 der hemmungslosen Profitmaximierung der Geld-Eliten auf Kosten der Schwachen in dieser
50 Gesellschaft. Und die regierenden Politiker in Bund und Land sowie die Mehrzahl der Medien,
51 befördern diese Richtung mit „Reformen“ bzw. eintöniger Propaganda vom unabhängigen Markt und
52 behaupten dreist, alles sei alternativlos. Die gegenwärtige Finanzmarktkrise hat schonungslos das
53 Versagen dieser Politiker und eines ungezügelter Marktes offen gelegt. Und auch hier geht die Lösung
54 auf Kosten des Steuerzahlers: Die Gewinne skrupelloser Spekulanten bei den Banken werden
55 privatisiert und die Verluste verstaatlicht.

56
57 Auch diese Politik verlangt geradezu nach Veränderung!

58 **Und diese VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme!**

59
60 **Wir sagen, es ist jetzt Zeit für eine DEUTLICHE VERÄNDERUNG!**

61 **Wir sagen, wir wollen jetzt einen Aufbruch, eine neue Politik wagen!**
62

63 Wir, die Partei DIE LINKE, die von Anfang an gegen diese unsolidarische und undemokratische Politik
64 gekämpft hat, steht wie keine andere Partei für einen generellen Politikwechsel hier in Thüringen. Und
65 Sie als Wählerinnen und Wähler entscheiden darüber, ob es in unserem Land zu einem wirklichen
66 Wandel hin zu:

- 67
- 68 1. **mehr sozialer Gerechtigkeit,**
- 69 2. **gleichen Bildungschancen und kultureller Teilhabe für alle,**
- 70 3. **menschenwürdigen und existenzsichernden Arbeitsplätzen für Frauen und Männer**
- 71 4. **einer Energieoffensive, verbunden mit ökologischer Ausrichtung der Wirtschaft sowie**
- 72 5. **mehr direkter Demokratie und Bürgerbeteiligung**
- 73

74 kommt.

75
76 Mit diesen Leitprojekten wollen wir den Fortschritt wieder nach Thüringen holen - nicht nur den
77 wirtschaftlichen. Wir wollen den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft wieder herstellen und
78 stärken.

79
80 Wir wollen an historische Traditionen dieses Landes anknüpfen und aus diesen Erfahrungen schöpfen.
81 Hier wurde karitatives Wirken populär gemacht, hier liegt die Wiege der Reformation, Aufklärung und
82 Toleranz fanden hier eine Heimat und das Bauhaus gilt als Synonym für den Aufbruch in der Moderne.
83 Aber auch die dunklen Seiten der Vergangenheit, wofür die Namen Buchenwald und Mittelbau-Dora
84 stehen, sind Verpflichtung für uns, jegliche Tendenzen des Rechtsradikalismus zu bekämpfen und die
85 Demokratie zu stärken.

86
87 Eine erfolgreiche linke Landespolitik hängt stark von der Europa-, Bundes- und Kommunalpolitik ab.
88 Dort und durch die Globalisierung werden Rahmenbedingungen gesetzt, die wir nicht ignorieren
89 können. Insbesondere die Auswirkungen der internationalen Immobilien- und Finanzkrise sind schwer
90 absehbar. Sie ist Ergebnis einer falschen Politik gegenüber den Banken und Vermögenden sowie
91 Staaten, die Steueroasen zuließen, die die Konkurrenz der Staaten untereinander maßlos werden
92 ließen.

93 Zudem kosteten und kosten Thüringen von der CDU auf den Weg gebrachte unsinnige und teure
94 Großprojekte, enorme Steuermittel. Sie belasten zukünftige Haushaltsspielräume in den nächsten
95 Jahren, ohne dass diese Investitionen bislang zu einem selbst tragenden Aufschwung beitragen.
96 Gleiches gilt für die intransparente Förderung der Landesgesellschaften.

97 DIE LINKE fordert deshalb zunächst für Thüringen einen umfassenden Kassensturz. Nach 20 Jahren
98 CDU-Regierung in Thüringen muss Klarheit her, welche Erblasten der Thüringer Bevölkerung durch die
99 CDU auferlegt wurden.

100
101 Diese Umstände machen die Einleitung von Veränderungen schwierig. Dennoch ist sehr viel möglich.
102 Und viele Menschen warten auf ein solches Signal.

103
104 **Und dieses Signal, diese VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme!**
105 **Wir wollen eine neue Politik, gemeinsam mit Ihnen gestalten!**

106
107 Unverzichtbar für eine solche neue Politik sind für uns aber die Schlussfolgerungen aus der eigenen
108 Vergangenheit und unserer Verantwortung. Denn nur wer die Lehren aus der Geschichte
109 berücksichtigt, kann die Zukunft verantwortungsvoll gestalten. Ein Sozialismus ist ohne Demokratie,
110 Freiheit, Solidarität und individuelle Rechte nicht denkbar. Ein Zurück hinter diesen
111 Gründungskonsens der PDS von 1990 wird es nicht geben. Soziale Grundrechte, demokratische
112 Teilhabe und individuelle Freiheit bilden für uns eine untrennbare Einheit und Verpflichtung.

113
114 Darum werden wir den Zustand, dass Bürgerinnen und Bürgern von der Politik zu Zuschauern
115 degradiert werden, beenden. Wir wollen damit ein entscheidendes Vermächtnis der politischen Wende
116 1989/90 umsetzen und mit Leben erfüllen. Das bedeutet für uns, direkte Mitbestimmung und
117 Teilhabe an der Politik für alle Bürgerinnen und Bürger durchzusetzen.

118 Damit werden wir Sie, liebe Thüringerinnen und Thüringer, direkt in die Gestaltung der
119 Zukunftsaufgaben Thüringens einbeziehen.

120 DIE LINKE will gemeinsam mit IHNEN Thüringen zukunftssicher und attraktiv für alle Generationen
121 machen.

122 Wir wollen, dass jeder von seiner Arbeit Lohn auch leben kann.

123

124 Wir sind überzeugt, dass wir gemeinsam die Kraft, den Mut und den Willen haben, für Veränderung in
125 unserem Land zu sorgen.

126 **Deshalb ist ihre Entscheidung so wichtig!**
127 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme!**

128
129

130
131

UNSER LEITPROJEKT: MEHR SOZIALE GERECHTIGKEIT

132
133

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Wir wollen mehr soziale Gerechtigkeit!

134 Wir betrachten Sozialpolitik als eine ganzheitliche Politik, die den Menschen ermöglicht,
135 selbstbestimmt ihr eigenes Leben und ihr gesellschaftliches Umfeld aktiv zu gestalten. Für DIE LINKE
136 bedeutet Sozialpolitik die Sicherstellung der sozialen Daseinsvorsorge als Teil der Lebensqualität in
137 Städten, Gemeinden und Landkreisen. Wir wollen es allen Menschen ermöglichen, in dem von ihnen
138 gewünschten Rahmen an der Gesellschaft teilzuhaben, sich also politisch, kulturell, künstlerisch,
139 sportlich zu betätigen oder in anderen gesellschaftlichen Bereichen einzubringen. Dazu müssen die
140 Einschnitte in den Sozialstaat gestoppt werden. Unsere Gesellschaft braucht eine neue Idee sozialer
141 Gerechtigkeit und der Verantwortung des Starken für den Schwachen.

142 Deshalb setzt sich DIE LINKE im Bund für die Stärkung der sozialen Sicherungssysteme ein. Unser Ziel
143 ist dabei die schrittweise Umgestaltung der Sozialversicherungen zu Bürgerversicherungen.

144
145

146 DIE LINKE ist für die Schaffung einer effektiven sozialen Infrastruktur. Dazu bedarf es einer
147 regelmäßigen Sozialberichterstattung zur Analyse der sozialen Lage und deren Ursachen. Auf dieser
148 Grundlage werden im Rahmen einer Sozialplanung die Schwerpunkte sozialer Arbeit in den
149 Sozialräumen ermittelt und entsprechende Strukturen der sozialen Arbeit eingerichtet.

150
151

152 DIE LINKE wird eine Sozialpauschale einführen. Unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl erhalten
153 die Landkreise und kreisfreien Städte finanzielle Mittel zur Schaffung von bis zu 200
154 sozialversicherungspflichtiger und nach Tarif bezahlter Arbeitsplätze in Thüringen, mit denen
155 langfristige, tragfähige Netzwerke sozialer Einrichtungen installiert werden können. Vorrangig soll die
156 Sozialpauschale für die Bereiche Frauen- und Familienzentren, Seniorenbüros,
157 Behindertenberatungsstellen, aber auch in der Suchtberatung und Prävention sowie beim
158 Verbraucherschutz und bei den Schuldnerberatungsstellen eingesetzt werden.

159
160

161 Im Rahmen der Übernahme von staatlichen Aufgaben durch Freie Träger setzt sich DIE LINKE dafür
162 ein, dass die Finanzierung der Aufgaben der Freien Wohlfahrtspflege langfristig und planbar garantiert
163 wird. Dazu bedarf es unabhängig von den Einnahmen aus dem Lottobetrieb gesetzlicher Regelungen.
164 Damit kann eine langfristige und stabile Förderung beider Bereiche gesichert werden.

165
166

167 Ehrenamtliches Engagement ist ein unverzichtbarer Bestandteil der sozialen Daseinsvorsorge, es ist
168 entscheidend für ein solidarisches Miteinander und für das kulturelle und sportliche Leben in
169 Thüringen. Dennoch darf sich der Staat nicht aus seiner Verantwortung ziehen und die Last der
170 ehrenamtlichen Arbeit aufbürden. Um ein Ehrenamt ausführen zu können, bedarf es des Rahmens und
171 der Unterstützung des Hauptamtes. DIE LINKE wird die politischen Rahmenbedingungen zur
172 Ausführung des Ehrenamtes durch ein Ehrenamtsgesetz verbessern. Die Aufgaben der
173 Ehrenamtsstiftung bedürfen einer neuen Ausrichtung. DIE LINKE prüft, die Mittel für die ehrenamtliche
174 Arbeit in den kommenden Jahren erhöhen.

175
176

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für eine zukunftsfähige Gesundheitspolitik!

177 Gesundheitsversicherung und medizinische Versorgung sind als soziales Menschenrecht nur als
178 öffentliche Aufgabe zu gewährleisten. Gesundheit dient der Persönlichkeitsentwicklung, der
179 autonomen Lebensgestaltung und Selbstverwirklichung.

180
181

182 Es geht um eine gesundheitsfördernde Gesamtpolitik im Sinne einer sozialen Prävention einschließlich
183 Gesundheitsbildung und –beratung. Das ist eine wesentliche Aufgabe des Landes und der Kommunen.
184 Der öffentliche Gesundheitsdienst wird gestärkt, damit er die ihm obliegenden Aufgaben im Rahmen
der Daseinsvorsorge, wie bei der Prävention, dem Infektionsschutz, der Gesundheitsberichterstattung
und der Beratung benachteiligter Bevölkerungsgruppen, besser wahrnehmen kann. Wir wollen deshalb
ein Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst erlassen. Darin wollen wir auch die kommunalen
Gesundheitsämter stärken und sie dazu befähigen, wo nötig auf die regionale Unterversorgung zu
reagieren.

185 Die Prävention und die Gesundheitserziehung vor allem in Kindertageseinrichtungen und Schulen
186 werden in Zusammenarbeit mit den Kassen und der Kassenärztlichen Vereinigung erheblich verstärkt.
187

188 Die Sicherung einer ambulanten, stationären, rehabilitativen und komplementären wohnortnahen
189 Versorgung der Bürger entspricht den Grundsätzen für eine verantwortungsbewusste Daseinsvorsorge
190 als Pflichtaufgabe der kommunalen Körperschaft und des Landes Thüringen. Die dazu notwendigen
191 Instrumente – wie der Sicherstellungsauftrag der Kassenärztlichen Vereinigung für die ambulante
192 Versorgung, die gemeindenahе psychiatrische Versorgung und die Verantwortung des Landes für die
193 Krankenhausplanung – sind zu erhalten und gemeinsam mit den Kommunen abzustimmen.
194

195 DIE LINKE wird alle Möglichkeiten nutzen, der drohenden und in einzelnen Regionen bereits
196 vorhandenen ärztlichen Unterversorgung entgegenzuwirken. Dazu zählen Maßnahmen der
197 Wirtschaftsförderung, die Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum und die Verbesserung
198 von Ansiedlungsreizen. Dabei muss auch die ambulante geriatrische Versorgung weiter ausgebaut
199 werden.

200 Um die Unabhängigkeit von Forschung, Lehre und Krankenpflege zu gewährleisten, ist der Erhalt des
201 Universitätsklinikums Jena in Trägerschaft des Landes zu gewährleisten und durch einen
202 eigenständigen Zuwendungs- und Leistungsvertrag weiterzuentwickeln.
203

204 Die Krankenhausversorgung ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Von einst 72 Krankenhäusern
205 weist Thüringen heute noch 46 aus. Zur Aufrechterhaltung einer bürgernahen und altersgerechten und
206 qualitativen medizinischen Versorgung dürfen keine weiteren Krankenhäuser oder wichtige
207 Fachabteilungen geschlossen werden. Deshalb muss auch eine weitere Privatisierung
208 (Kommerzialisierung) im Krankenhausbereich verhindert werden.

209 Alle Krankenhäuser müssen über ein auf ihre Region abgestimmtes Schnittstellenmanagement bei der
210 Überleitung in eine Anschlussheilbehandlung, in den Pflegebereich etc. verfügen.

211 DIE LINKE will Thüringen als Reha- und Kur-Standort ausbauen, dabei werden regionale und
212 kommunale Trägerstrukturen sowie Bürgervereine und Stiftungen unterstützt.
213

214 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern!**

215 DIE LINKE will eine Familienpolitik, die den heutigen vielfältigen Formen des Zusammenlebens der
216 Menschen Rechnung trägt und über die ausschließliche Betrachtung von Trauschein, Herkunft und
217 sexueller Orientierung hinausgeht.

218 DIE LINKE will mit ihrer Familienpolitik dazu beitragen, dass die Entscheidung für ein Kind erleichtert
219 und die Lebensbedingungen von Familien konsequent verbessert werden. Der Ausbau der
220 Kindertagesstätten als Bildungs- und Familienzentren muss auf einem hohen qualitativen Niveau zügig
221 umgesetzt werden.

222 Zur familienfreundlichen Gestaltung der Arbeitswelt werden wir derartige Arbeitsplätze im öffentlichen
223 Dienst sowie geeignete flexible Arbeitszeitmodelle anbieten. Kleinere und mittlere Unternehmen
224 werden bei der Einrichtung familienfreundlicher Arbeitsplätze unterstützt.

225 Zur Wahrnehmung staatlicher Verantwortung gehört für DIE LINKE aber auch der Ausbau von
226 Beratungsstellen für Mütter und Väter, für Familienhilfe und für die Schwangerschaftskonfliktberatung.
227 Die Beratungsstellen sollen durch aufsuchende Hilfen ergänzt werden.

228 Verbindliche Vorsorgeuntersuchungen durch besonders qualifizierte Ärztinnen und Ärzte sollen
229 helfen, Gewalt an Kindern schneller zu erkennen und Jugendämter sollen darin unterstützt werden,
230 misshandelten und missbrauchten Kindern eine schnellere und dauerhaftere Perspektive in Pflege-
231 und Adoptivfamilien zu ermöglichen. Entscheidend ist aber der Ausbau der Hilfestrukturen
232 auszubauen, um Familien in schwierigen Situationen rechtzeitig zu erreichen und dies langfristig zu
233 finanzieren.
234

235 Die Stiftung FamilienSinn wird aufgelöst und die Aufgaben in die Landeshoheit zurückgeholt. Die
236 Angebote der Familienerholung und Familienurlaub werden dahingehend ausgebaut, dass
237 insbesondere Familien in schwierigen sozialen Lagen eine Möglichkeit der Entspannung geboten
238 werden kann.
239

240 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Konsequenz gegen Kinderarmut!**

241 Kinderarmut ist ein gesellschaftlicher Skandal. Sie grenzt viele Kinder dauerhaft aus und beschneidet
242 ihre Entwicklungschancen. Armut der Eltern führt zu Armut der Kinder, die bisher dauerhaft von
243 gesellschaftlicher Teilhabe ausgegrenzt und in die Chancenlosigkeit getrieben werden. Wir begrüßen
244 das „Gemeinsame Soziale Wort zur Kinderarmut in Thüringen“ der Wohlfahrtsverbände, Kirchen etc.
245 ausdrücklich und werden uns für die Umsetzung der darin enthaltenen Forderungen einsetzen.

246 Ziel muss somit sein, die Einkommenssituation der Eltern zu verbessern. Die Armutsfalle Hartz IV
247 muss abgeschafft werden, mit einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn muss das
248 Lohndumping eingeschränkt werden und Frauen und Männer brauchen angemessen entlohnte
249 Arbeitsplätze.

250 Mit verstärkten Investitionen in die frühkindliche und schulische Bildung und einer langfristigen
251 Umstrukturierung der Schule hin zu längerem gemeinsamen Lernen muss allen Kindern das Recht auf
252 Bildung für die Zukunft eingeräumt werden. Zudem müssen Schule und Jugendhilfe enger
253 zusammenarbeiten.

254 Auf Bundesebene kämpft DIE LINKE für eine Kindergrundsicherung, die allen Kindern als finanzielle
255 Leistung zur Verfügung steht, ohne dass diese auf das Familieneinkommen angerechnet wird.
256 Zusätzliche Mittel sollen für den Ausbau der Angebote der Kinder- und Jugendhilfe eingesetzt werden.
257 Damit werden Angebote geschaffen, die allen Kindern zugänglich sind, unabhängig des sozialen
258 Hintergrundes der Eltern.

259 Um eine eigenständige Kinderpolitik zu etablieren, müssen Kinder als selbständige Subjekte
260 wahrgenommen und mit mehr Rechten ausgestattet werden. Deshalb setzt sich DIE LINKE dafür ein,
261 die in der UN-Kinderrechtskonvention formulierten Kinderrechte ins Grundgesetz aufzunehmen. DIE
262 LINKE wird die Kommunen bei dem Ausbau und der Stärkung der Strukturen des Kinderschutzes
263 unterstützen.

264 Mit einem Sofortprogramm will DIE LINKE Maßnahmen gegen Kinderarmut ergreifen. Bestandteile
265 dieses Programms sollen unter anderem Schritte für ein kostenloses Mittagessen in
266 Kindertagesstätten und Schulen sein. DIE LINKE legt Wert auf eine ausgewogene Ernährung hoher
267 Qualität, verbunden mit einer Ernährungserziehung, die zum Bestandteil der Bildungspläne gemacht
268 wird. Dies auch im Rahmen der Gesundheitsförderung und Prävention für Kinder. Wo möglich, sollen
269 an Kitas und Schulen wieder Küchen eingerichtet und betrieben werden.

270 Ebenfalls wird eine Unterstützung der Kommunen angestrebt, um Kultur- und Freizeiteinrichtungen
271 sowie die Nutzung von Busse und Bahnen für Kinder und Jugendliche auf Dauer kostenfrei zugänglich
272 zu machen.

273
274 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Aktiv im Alter – Stärkung der Rechte der Senioren!**

275 DIE LINKE setzt sich für ein zeitgemäßes Bild des Alters und des Alterns ein, das durch Aktivität und
276 Teilhabe gekennzeichnet ist. Ältere Menschen verfügen über Wissen, Erfahrung und Kompetenz, was
277 für die Gesellschaft von hoher Bedeutung ist. Anstelle von Ausgrenzung und fehlendem Respekt setzt
278 sich darum DIE LINKE dafür ein, dass ältere Menschen in die gesellschaftlichen Prozesse integriert
279 werden.

280
281 DIE LINKE kämpft gegen Altersdiskriminierung, wie sie z.B. bei Kreditvergabe und
282 Vertragsabschlüssen Alltag ist. Wir setzen uns in jedem Altersabschnitt des Menschen für ein Leben in
283 Würde ein und damit auch gegen Altersarmut und finanzielle Abhängigkeiten.

284
285 DIE LINKE wird ein Gesetz zur Stärkung der Interessenvertretung von Seniorinnen und Senioren auf
286 den Weg bringen.

287
288 Selbst bestimmtes Leben in Würde, in jedem Altersabschnitt des Menschen, will DIE LINKE durch
289 Stärkung ehrenamtlichen Engagements, der Nachbarschaftshilfe und durch
290 Seniorenbegegnungsstätten fördern.

291 In Kommunen sollen Seniorenbeiräte gebildet werden, sie befördern den Erfahrungs- und
292 Gedankenaustausch zwischen Jung und Alt.

293 DIE LINKE ist für die Erstellung und Fortschreibung eines Landespflegeplanes sowie für die
294 Erarbeitung eines neuen Heimgesetzes zur Gewährleistung hoher Qualitätsstandards mit einem
295 höheren Fachkräfteschlüssel in der Pflege. Wir benötigen eine qualitativ und quantitativ ausreichende
296 Zahl von Pflegefachkräften und die Überarbeitung der Ausbildungsinhalte, bei denen das
297 Qualitätsmanagement in den Mittelpunkt rücken soll.

298 DIE LINKE setzt sich für tarifgerechte Bezahlung und Entbürokratisierung der Pflege ein. Wir sind
299 zudem für ein Landesprogramm, mit dem Pflegekräfte mit langjähriger Berufserfahrung zu
300 Pflegefachkräften weitergebildet werden. Ebenso müssen Fachkräfte im Bereich der
301 Gerontopsychiatrie aus- und weitergebildet werden.

302
303 Bezahlbare und bedarfsgerechte Wohnungen sowie selbst bestimmtes Wohnen sind für DIE LINKE
304 Grundvoraussetzung sozialer Sicherheit und Menschenwürde. DIE LINKE setzt sich daher für den
305 Erhalt und die Förderung bezahlbarer Wohnungen für Familien und ältere Menschen und die Förderung
306 von Mehrgenerationenhäusern in Wohnungs- und Bauprogrammen ein. Um den Wohnbedürfnissen
307 älter werdender Menschen gerecht zu werden, ist DIE LINKE für ein Programm zur Schaffung von

308 barrierefreien, alternativen und generationenübergreifenden Wohn- und Betreuungsformen.
309 Insbesondere sind Wohnprojekte zu fördern, in denen sich die Bewohnerinnen und Bewohner
310 gegenseitig helfen können sowie Wohnprojekte mit integrierten und ambulanten Pflegediensten und
311 Dienstleistungsangeboten, die ein längeres Leben in der eigenen Wohnung ermöglichen.

312
313 DIE LINKE will Thüringen als attraktiven Wohn- und Lebensraum stärken und weiterentwickeln.
314 Familienfreundliche, sozial gerechte, demokratische und ökologische Kommunen und Regionen sollen
315 in Thüringen nachhaltig die Lebensqualität für alle Bürgerinnen und Bürger sichern.

316 Stadtentwicklung/Städtebauförderung soll daher konsequent unter Berücksichtigung regionaler
317 Besonderheiten fortgeführt werden, um das soziale, wirtschaftliche und kulturelle Leben in den
318 Kommunen weiterzugestalten. Im Rahmen des demografiebedingten Stadtumbaus richten wir
319 besonderes Augenmerk auf die Revitalisierung der Innenstädte und Ortskerne und den Erhalt des
320 städtischen kulturellen Erbes.

321 Die Entwicklung der Stadt und der Regionen muss in stärkerem Maße wieder zur eigenen Sache der
322 Bürgerinnen und Bürger werden.

323 Bezahlbare Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge sind im Interesse des Gemeinwohls
324 sicherzustellen. Die Privatisierung öffentlichen Eigentums und kommunaler Versorgungsunternehmen
325 lehnen wir ab.

326
327 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Gleichstellung von Frauen und Männern!**

328 Wie demokratisch eine Gesellschaft ist, misst sich für DIE LINKE an der Freiheit von Frauen und
329 Männern, den eigenen Lebensentwurf frei von Rollenklischees umsetzen zu können. Die gerechte
330 Verteilung von Erwerbs-, Haus- und Erziehungsarbeit zwischen den Geschlechtern ist eine wichtige
331 Voraussetzung dafür.

332 Gewalt an Frauen, muss öffentlich geächtet und entschieden verfolgt werden. Wir brauchen ein
333 flächendeckendes Netz an arbeitsfähigen Frauenhäusern. Dazu gehören auch ein überzeugendes
334 Interventionskonzept und der Ausbau der Täterberatung.

335
336 DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass das Gleichstellungsgesetz für den Öffentlichen Dienst novelliert
337 und von der Landesregierung tatsächlich angewendet wird. Das heißt auch, dass Frauen bei gleicher
338 Qualifikation so lange in Ministerien und Landesbehörden bei zu besetzenden Stellen bevorzugt
339 einzustellen sind, solange Frauen in den Führungsetagen unterrepräsentiert sind. Gleichzeitig gilt es,
340 die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft zu befördern. Dafür werden
341 Gleichstellungsmaßnahmen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge berücksichtigt. Im Bundesrat wird
342 ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft in Angriff genommen.

343
344 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist mehr als eine frauenpolitische Forderung nach
345 Anerkennung fachlicher Kompetenzen. Es geht dabei sowohl für Männer als auch für Frauen um nicht
346 weniger als ein Umdenken und Neubewerten von gesellschaftlicher Arbeit - ob am Computer, im
347 Haushalt, an der Werkbank, auf dem Spielplatz oder bei der Pflege von Angehörigen. Besondere
348 Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhalten Alleinerziehende. Bei der
349 Arbeitsorganisation im Landesdienst wird besonders auf ihre familiäre Situation Rücksicht
350 genommen. Bei der Vergabe von Krippen- und Kitaplätzen werden bei Engpässen Alleinerziehende
351 besonders berücksichtigt.

352
353 Wir sagen: Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit zur Sicherung der ökonomischen Unabhängigkeit!

354
355 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für eine Selbstbestimmte Behindertenpolitik!**

356 Menschen mit Behinderung haben das Recht auf volle Teilhabe. Mit der Verabschiedung der UN-
357 Konvention „Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderung“ wurde deutlich, dass
358 Behindertenpolitik nicht Fürsorge heißen kann, sondern den Einsatz für Menschen- und Bürgerrechte
359 bedeutet. Das heißt: Die sozialen Rechte „wie das Recht auf schulische und berufliche Bildung und
360 das Recht auf Arbeit“ müssen in nationales Recht überführt werden. Eine Erweiterung der Thüringer
361 Verfassung um diese Bürgerrechte wird durch die Partei DIE LINKE angestrebt. Dieser Anspruch kann
362 in Thüringen nur umgesetzt werden, wenn die Schulgesetzgebung völlig neu gestaltet wird und Kinder
363 mit und ohne Behinderungen perspektivisch gemeinsam unterrichtet werden.

364
365 Um eine umfassende „Selbstbestimmte Behindertenpolitik“ in Thüringen zu gewährleisten, ist es
366 notwendig, das Thüringer Gleichstellungsgesetz für Behinderte zu novellieren. Es müssen die Rechte
367 und Pflichten des Behindertenbeauftragten gestärkt werden. Ein unabhängiger
368 Landesbehindertenbeirat soll die Landesregierung in allen Fragen der Gleichstellungspolitik beraten.

369

370 DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Dringlichkeit von barrierefreiem Bauen und Wohnen erkannt
371 wird und Förderprogramme zum Bau von barrierefreiem Wohnraum, auch im ländlichen Raum,
372 aufgelegt werden. Ebenso müssen Dienstleistungen ausgebaut werden, dabei aber bedarfsgerecht
373 und bezahlbar bleiben. Dem Wunsch nach gemeindenahem Wohnen und Leben wird somit besser
374 entsprochen.

375
376 Um den Bedarf nach persönlicher Assistenz zu sichern, setzt sich DIE LINKE für gesetzliche
377 Rahmenbedingungen in Land und Bund ein. So beispielsweise bei der Einführung eines
378 flächendeckenden trägerübergreifenden persönlichen Budget. DIE LINKE will unabhängige
379 Beratungsstellen für Menschen mit Behinderungen kontinuierlich fördern.

380
381 Um ein eigenständiges Leben führen zu können brauchen wir mehr versicherungspflichtige
382 Arbeitsplätze, die aus den Mitteln der Ausgleichsabgabe sowie aus Landesmitteln ein „Budget für
383 Arbeit“ geschaffen werden sollen. Versicherungspflichtige Arbeitsplätze sollen für die Menschen, die
384 es wollen, den Weg aus den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen ebnen.

385
386 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für eine bedarfsorientierte Grundsicherung und**
387 **gegen die Rente ab 67!**

388 Wir werden uns für eine bedarfsorientierte Grundsicherung gegenüber dem Bund, den Rententrägern
389 und öffentlichen Kassen einsetzen. Rentengerechtigkeit zwischen Ost und West sowie für alle
390 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss endlich mit sozialen Sicherungssystemen komplettiert
391 werden. Dazu gehört selbstverständlich auch die Forderung nach Abschaffung der Armutsfalle Hartz
392 IV.

393 Die Grundsicherung soll in Fällen von Arbeitslosigkeit, Krankheit und Erwerbsunfähigkeit für Menschen
394 sozial absichernd sein.

395
396 Konsequenter sagen wir nein zur Rente ab 67 und zur Zwangsverrentung auf der Grundlage von Hartz-
397 IV. Wir streiten für flexible Ausstiegsmöglichkeiten vor dem 65. Lebensjahr.

398 Die Bundesagentur für Arbeit muss endlich Altersteilzeitmodelle stärker fördern, die Rentenwerte Ost
399 und West müssen angeglichen, das Frauenrentenrecht angepasst sowie die Ungerechtigkeiten bei der
400 Rentenüberleitung abgeschafft werden.

401
402 DIE LINKE tritt auf Bundesebene für eine Kindergrundsicherung ein und gestaltet dies auch durch
403 kinderfreundliche Richtlinien in der Landespolitik aus. Zur eigenständigen Absicherung von Frauen
404 beim Bezug des Arbeitslosengeldes II wird eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung der
405 Bedarfsgemeinschaften geprüft.

406
407
408

409 **UNSER LEITPROJEKT: GLEICHE BILDUNGSCHANCEN UND KULTURELLE TEILHABE FÜR ALLE**

410
411 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Gleiche Bildungschancen für alle!**

412 Das gegenwärtige Bildungssystem vertieft soziale Ungleichheit durch mangelnde frühkindliche
413 Bildung, fehlende individuelle Förderung, Unterfinanzierung und frühzeitige Auslese. Es zementiert
414 soziale Ausgrenzung. Hier gilt es, mit aller Kraft gegenzusteuern, denn Bildung ist keine Ware, sondern
415 ein Menschenrecht!

416
417 Für die LINKE ist lebensbegleitendes Lernen Erfordernis jeder modernen Gesellschaftsentwicklung.
418 Hierfür die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, ist eine der wichtigsten Aufgaben von
419 Politik.

420
421 Die Stärkung der frühkindlichen Bildung stellt einen besonderen Schwerpunkt der LINKEN im
422 Bildungsbereich dar. Hierzu sind die Personalausstattung in den Kindergärten an die europäischen
423 Normen heranzuführen, die Förderpädagogik auszubauen, einheitliche Bildungsstandards umzusetzen
424 und die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher auf Fachhochschulniveau anzuheben. Zudem
425 plädiert DIE LINKE für einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz.

426
427 Die LINKE will eine neue Schule für Thüringen. Eine solche grundlegende Veränderung wird mittels
428 Volksentscheid auf den Weg gebracht. Ziel ist die schrittweise Einführung des längeren gemeinsamen
429 Lernens aller Schüler bis zur Klasse 8. Grundschule und Regelschule werden zur integrativen
430 Regelschule zusammengefasst, an die sich ab Klasse 10 eine gymnasiale Oberstufe bis zur Klasse 13
431 anschließen kann. Das Erreichen der Hochschulreife über das Gymnasium ist von Klasse 9 bis Klasse

432 12 möglich. Ziel ist es, jedes Kind entsprechend seiner Begabungen optimal zu fördern, kein Kind
433 zurückzulassen und mit einer sinnvollen Schulnetzplanung auch die Erhaltung kleinerer Schulen oder
434 Schulteile zu ermöglichen.

435 Die Schule soll als Lern- und Lebensort von Schülern und Lehrern ausgestaltet werden, in dem Bildung
436 und Erziehung gleichrangige Aufgaben darstellen und Raum für Selbstentfaltung gegeben wird. Der
437 Hort ist für uns unverzichtbarer Bestandteil der Schule. Die Personalnot bei den Horterzieherinnen und
438 Horterziehern wird beseitigt und offene Ganztagsangebote werden in großer Breite ausgebaut. Das
439 Personal wird bei einem Arbeitgeber (derzeit beim Land) zusammengeführt. Der Ausbau des Angebots
440 an gebundenen Ganztagschulen mit rhythmisiertem Schulalltag entsprechend des Bedarfs wird
441 unabhängig von der Trägerschaft gefördert.

442
443 Bildungseinrichtungen, die soziale Ausgrenzung befördern, können keine gleichen Bildungschancen
444 bieten. Deswegen ist die Sicherung der Lernmittelfreiheit und die stufenweise Gewährleistung einer
445 gesunden und kostenfreien Ernährung an jeder Kindertagesstätte und allgemein bildenden Schule Ziel
446 der LINKEN. Pläne zur Aufhebung der Lernmittelfreiheit durch die CDU müssen verhindert, die Kosten
447 für Schulmaterial sozial gestaltet und eine erhebliche Stützung des Schulessens als erster Schritt zur
448 Kostenfreiheit aus der Kraft des Landes herbeigeführt werden.

449
450 Verbesserungen im Bereich der Schulfinanzierung, Schulsanierung und der Personalpolitik sind auf
451 dem Weg zu einer besseren Bildung unerlässlich. Damit soll der sozialen Selektion effektiv
452 entgegengewirkt werden. Die Finanzierung von Bildung ist die wichtigste Investition in die Zukunft
453 Thüringen. Durch den Schülerrückgang freiwerdende Mittel dürfen deswegen nicht abfließen, sondern
454 müssen vollständig zur Qualitätsverbesserung von Bildung oder in Investitionen eingesetzt werden.
455 Neben der prinzipiellen Gleichbehandlung aller Lehrerinnen und Lehrer (Schluss mit der
456 Ungleichbehandlung von beamteten und angestellten Pädagogen) muss endlich eine
457 zukunftsorientierte Personalplanung, eine adäquate Entlohnung und eine nennenswerte
458 Neueinstellung junger Pädagogen durchgesetzt werden.

459
460 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Mehr Integration und Selbständigkeit an den**
461 **Schulen!**

462 In ihrem Bildungskonzept will die LINKE in Thüringen die Selbständigkeit und Eigenverantwortung der
463 Schulen und die Verantwortung der Kommunen für die Schule entscheidend stärken. Die Schulen
464 sollen in allen Fragen der Schul- und Unterrichtsorganisation sowie der Lernqualität mehr
465 Eigenverantwortung und Selbständigkeit erhalten. Dies betrifft auch die Personalauswahl, die
466 vollständige Verfügung über Budgets und die Leistungsbewertung, wobei der Mitbestimmung der
467 Eltern und Schüler eine wichtige Rolle zukommt. Die staatlichen Schulämter sind mit den kommunalen
468 Schulverwaltungen zusammenzuführen, die inhaltlichen Kompetenzen der kommunalen
469 Bildungsausschüsse und der Schulverwaltungsämter sind entsprechend zu erweitern. Ein
470 flächendeckendes und wirksames Unterstützungs- und Beratungssystem für Kindereinrichtungen und
471 Schulen ist zu schaffen.

472 Die Zahl der Schulpsychologen ist deutlich zu erhöhen. Ein spezielles Landesprogramm ermöglicht die
473 Tätigkeit von Schulsozialarbeitern an jeder allgemein bildenden und Berufsbildenden Schule.

474
475 Für die LINKE kommt es darauf an, alle förderpädagogischen Voraussetzungen zu schaffen, um die
476 Beschulung von Schülern mit besonderem Förderbedarf weitestgehend im Rahmen des gemeinsamen
477 Unterrichts an den allgemein bildenden und Berufsbildenden Schulen durchführen zu können. Die Zahl
478 an Förderpädagogen und sonderpädagogischen Fachkräften an den allgemein bildenden und
479 Berufsbildenden Schulen ist deutlich anzuheben

480
481 DIE LINKE streitet für eine Erhöhung der Jugendpauschale, mit der langfristig Sozialarbeiterstellen
482 gesichert und Angebote der Jugendhilfe bedarfsgerecht umgesetzt werden.

483 Durch eine Ausfinanzierung des Landesjugendförderplanes soll zusammen mit Jugendverbänden u.a.
484 ein Fachreferentenprogramm gegen Rechtsextremismus aufgelegt werden.

485 In der Jugendarbeit muss die Verbindlichkeit von Qualitätsstandards z.B. bei Streetwork und bei den
486 Häusern der offenen Tür wieder hergestellt und das geltende Fachkräftegebot, d.h. durch
487 qualifiziertes Personal, gesichert werden. DIE LINKE setzt sich in einzelnen Bereichen der Jugendhilfe
488 für konkrete Qualitätsstandards ein. Angestrebt wird, 1-Euro-Jobs und andere Maßnahmen durch
489 gemeinnützige öffentlich gefördert sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu ersetzen.

490
491 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Ausbildungsplätze für alle Schüler!**

492 Um der Abwanderung junger Menschen entgegenzuwirken, müssen in Thüringen deutlich mehr
493 betriebliche Ausbildungsplätze mit ausreichender sozialer Absicherung und guten Übernahmechancen

494 geschaffen werden. Die LINKE wird sich mit einer Ausbildungsplatzumlage für eine gesetzliche
495 Regelung einsetzen, die die Ausbildungslasten zwischen den Unternehmen gerecht verteilt und
496 Unternehmen an Ausbildung stärker interessiert. Im öffentlichen Dienst des Landes und der
497 Kommunen sowie der öffentlichen Körperschaften ist eine Ausbildungsquote von mindestens 6
498 Prozent zu gewährleisten.

499 Der Bereich der außerbetrieblichen Ausbildung und der Benachteiligtenausbildung bedarf dringend der
500 Neuordnung. Maßnahmen, die reine Warteschleifen sind, müssen abgeschafft und ersetzt werden. Das
501 Berufsvorbereitende Jahr (BVJ) ist durch praxisnahe modulare Ausbildungsformen mit
502 sozialpädagogischer Begleitung und effektiven Hilfen für den Übergang in Arbeit zu ersetzen. Die
503 Berufsschulpflicht wird auf 18 Jahre gesenkt.

504
505 Jugendliche ohne Ausbildungsentgelt und ohne Anspruch auf Bafög oder vergleichbaren Leistungen,
506 werden durch eine Landesausbildungsbeihilfe unterstützt. Die LINKE setzt sich für eine soziale
507 Mindestsicherung junger Menschen in Schule und Ausbildung ein.

508 Die Entwicklung der beruflichen Schulen soll sich entsprechend bei einer Berufsschulnetzplanung des
509 Landes vollziehen, an der alle wesentlichen Akteure beteiligt und die demografischen Probleme
510 berücksichtigt werden.

511
512 Zur Sicherung der Qualität in der Berufsbildung und Berufsberatung setzt sich die LINKE für die
513 Wiedereinführung der Ausbildereignungsverordnung, für regelmäßige Kontrollen der
514 Ausbildungsqualität sowie für die Sicherung der Mitspracherechte von Auszubildendenvertretungen
515 ein – dies gilt auch für außerbetriebliche und vollzeitschulische Einrichtungen. Polytechnische Bildung
516 und Berufswahlorientierung werden in die Lehrpläne der allgemein bildenden Schule integriert. Das
517 Landesprogramm „Berufsstart“ wird auf alle Schulen ausgedehnt. Damit soll die Zahl der Schul- und
518 Ausbildungsabbrecher deutlich gesenkt werden.

519
520 Neben schulischer, beruflicher und universitärer Bildung kommt vor allem der allgemeinen und
521 beruflichen Weiterbildung Bedeutung zu. Hierfür wollen wir ein Bildungsfreistellungsgesetz und ein
522 Erwachsenenbildungsgesetz, die die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. Wir setzen uns dafür
523 ein, dass das Netz an Volkshochschulen und anderen Weiterbildungsträgern nicht ausgedünnt wird.

524
525 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für eine neue Wissenschaftspolitik!**
526 Hochschul- und Forschungspolitik müssen Kernstücke der Entwicklungs- und Standortpolitik des
527 Landes und folgerichtig auch seiner Investitions- und Finanzpolitik sein. DIE LINKE will offene, soziale
528 und demokratische Hochschulen gestalten, an denen ein solidarisches Lernen - für alle, von Anfang an
529 und ein Leben lang - ermöglicht wird. Eine kritische, emanzipatorische und kooperative Wissenschaft
530 ist der Grundstein für eine freie und unabhängige Forschung und Lehre.

531 Ein Studium soll wissenschaftliche Methoden vermitteln, mit denen die Studierenden zu selbständiger
532 Problemlösung befähigt werden. Es geht um die Einübung der Fähigkeit zum Denken und Arbeiten
533 durch wissenschaftliches Lehren und selbstständiges Lernen, sozusagen als eine reflektierende
534 Aneignung von Wissenschaft.

535
536 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für ein gebührenfreies Studium!**
537 DIE LINKE setzt sich zum Ziel, die Studienanfängerquote in den nächsten fünf Jahren auf 50 Prozent
538 der Abiturientinnen und Abiturienten zu erhöhen. Dazu wird ein Anreiz- und Stipendienprogramm
539 erlassen, welches für die Thüringer Hochschulstandorte wirbt. Weiterhin bedarf es einer deutlichen
540 Einflussnahme in Bundesrat und Kultusministerkonferenz zur Beibehaltung bzw. Festlegung
541 bundesweit einheitlicher Standards bei Studienabschlüssen, um den bildungspolitisch
542 kontraproduktiven Beschlüssen der Föderalismusreform entgegenzuwirken.

543
544 Wir gewährleisten den gleichen, freien und unentgeltlichen Zugang zu allen öffentlichen
545 Hochschuleinrichtungen. DIE LINKE lehnt Studiengebühren ab und wird den Verwaltungskostenbeitrag
546 abschaffen. Zudem streben wir langfristig ein elternunabhängiges, bedarfsdeckendes Bafög für alle
547 Studierende ohne Rückzahlungspflicht an. Bei abgeschlossenem Bachelorstudium wird das Recht auf
548 freien Zugang zum Master eingeführt. DIE LINKE wird mit Ansiedlungsstipendien bundesweit um
549 Studierende werben.

550
551 Das Thüringer Studentenwerk soll ohne Erhöhung der Semesterbeiträge besser gestellt werden. Mit
552 Mitteln aus dem Bundesprogramm „Soziale Stadt“ und im Dialog mit kommunalen
553 Wohnungsbaugesellschaften sowie Wohnungsbaugenossenschaften wird ein Programm
554 „Studentischer Wohnraum“ angestrebt, das günstigen Wohnraum für Studierende sichern soll.

555

556 Die Hochschulen und Forschungseinrichtungen des Landes haben dafür Sorge zu tragen, dass in ihren
557 Einrichtungen künftig keine prekären Beschäftigungsverhältnisse mehr auftreten. Ein-Euro-Jobs sollen
558 in reguläre Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt werden. Das Land wird im Rahmen seiner
559 rechtlichen und politischen Möglichkeiten die Tarifparteien bei der Vereinbarung eines Tarifvertrags
560 für studentische Beschäftigte an den Thüringer Hochschulen unterstützen. Es strebt dabei einen
561 Mindeststundenlohn von 8 Euro an.

562
563 Wir werden das Hochschulgesetz novellieren und das Entscheidungsrecht bei der Hochschule für ihre
564 innere Verfasstheit und Wahlfreiheit für Rektorat- oder Präsidialverfassung belassen. Struktur und
565 Bildungsangebote bleiben in der Hoheit der Hochschulen. Die Autonomie der Hochschulen umfasst
566 auch die vollständige Verfügung über die Budgets; das Land wahrt die öffentliche Verantwortung, die
567 Detailsteuerung obliegt den Hochschulen. Wir wollen gesetzlich regeln, dass in allen demokratisch
568 organisierten Hochschulgremien auch alle Mitglieder und Angehörigen der Hochschulen paritätisch
569 beteiligt sind. Die verfasste Studierendenschaft erhält das politische Mandat, die „Konferenz Thüringer
570 Studierendenschaft“ wird zur rechtsfähigen Körperschaft erhoben und die Landeshochschulkonferenz
571 wieder eingeführt.

572
573 Die LINKE wird ein Landesprogramm für die Förderung von Frauen in der Wissenschaft auflegen mit
574 dem Ziel, mehr Frauen für Promotion und Habilitation zu gewinnen und die Anzahl der Professorinnen
575 deutlich zu erhöhen. Den Fachhochschulen soll das Promotionsrecht gewährt und der Abbau von
576 Geisteswissenschaften wird gestoppt werden.

577 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Perspektiven für Forschung und Technologie!**

578 Eines der wichtigsten Standbeine Thüringens ist der Bereich von Forschung und Technologie.
579 Exzellenz kann entwickelt werden, damit können innovative und dauerhafte Arbeitsplätze geschaffen
580 werden. Spitzenforschung lässt sich dauerhaft aber nur auf der Grundlage einer breiten und finanziell
581 gefestigten Basis etablieren.

582
583 Dazu will DIE LINKE die Potenziale von Hochschulen außeruniversitären Forschungseinrichtungen,
584 wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen, Industrie- und Berufsakademien gezielt stärken.
585 Personalbudgets werden ausfinanziert und flexibilisiert.

586 Existenzgründungen aus Hochschulen werden mit einem eigenen Förderprogramm begleitet, ebenso
587 die Entwicklung von Technologietransferzentren. Die Ausgaben für Begleitforschung und
588 Technologiefolgenabschätzung werden erhöht.

589 DIE LINKE plant die Schaffung eines Landeswissenschaftsrates, der sowohl die Erstellung von
590 Wissenschafts- und Technologiekonzeptionen und deren Umsetzung begleitet und die das Land bei
591 der Ausrichtung der Förderprogramme unter Wahrung der Freiheit von Wissenschaft und Forschung
592 berät.

593 Die Stiftungen sollen noch stärker für die Förderung von Forschung und Entwicklung gewonnen
594 werden.

595 Die wissenschaftliche Forschung sollte ausgehend von demokratischen Entscheidungen auf die
596 entscheidenden ungelösten Probleme der Gesellschaft konzentriert werden. Abgelehnt werden
597 Patente auf Gene von Lebewesen oder Teilen von Lebewesen.

598 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Ein neuer Stellenwert für die Kultur!**

599 Der Zugang zu Kultur für jede und jeden ist für DIE LINKE ein unverzichtbares Ziel. Kultur braucht nicht
600 nur einen neuen Stellenwert, sondern muss als wertvolle Ressource, als bedeutender Standortfaktor
601 verstanden werden.

602
603 Kultur muss auch als Teil der sozialen Frage ernst genommen werden. Wir treten deshalb für den
604 kostenfreien Zugang zu Kultur für Kinder und Jugendliche und sozial Benachteiligte und für die breite
605 Integration kultureller Angebote in die Bildungspläne der Kindergärten und Schulen ein.

606
607 Die LINKE plädiert für eine Kulturfinanzierung in gemeinsamer Verantwortung von Land und
608 Kommunen. Ein „Kulturlastenausgleich“ unter hälftiger Mitfinanzierung des Landes soll in den
609 Thüringer Regionen zur planvollen Kulturentwicklung beitragen und einen sicheren Rahmen für die
610 abgestimmte Entwicklung von Projekten mit überregionaler Bedeutung wie von gemeindlichen
611 Initiativen schaffen.

612
613 Die Potenzen von Kultur für Arbeitsplätze und wirtschaftliche Entfaltung müssen deutlich besser
614 genutzt werden als bisher. DIE LINKE will deswegen ein langfristiges Programm „Fachkräfte im
615 Bereich der Soziokultur“. Es soll das bestehende Projektmanagerprogramm erweitern und sowohl im
616 Jugendbereich wie auch für die kulturelle Teilhabe von älteren Menschen Angebote in der Fläche
617 ermöglichen. Schwerpunktmäßig sind vor allem Angebote für Kultur-Tourismus und Inseln für die

618 Kreativwirtschaft zu fördern und zu entwickeln, unter anderem sind hier die günstige Verpachtung
619 geeigneter Gebäude und Existenzgründungsprogramme geplant.

620
621 Das Land Thüringen verfügt über eine einzigartige reiche Kulturlandschaft, deren Schutz und Pflege für
622 DIE LINKE Verpflichtung ist. Sie bekennt sich darum zu den vielfältigen kulturellen Aktivitäten im
623 Freistaat, so z.B. zu 90 Jahre Bauhaus, zur Luther-Dekade 2007-2017 oder zu den Bach-Wochen.

624 Die Stadt Weimar muss als Knotenpunkt vieler wichtiger historischer und kultureller Bezüge
625 besondere Aufmerksamkeit erfahren. Der Ausbau Weimars als Stätte der Klassik und des Bauhauses,
626 aber auch als Ort demokratischer Prozesse und brutaler Unterdrückung in der deutschen Geschichte
627 kann und muss die Stadt zu einem Lernort von internationaler Bedeutung werden lassen.

628 Verfolgung und Widerstand gehören zu den Grundbestandteilen der Erinnerungskultur in Deutschland.
629 Wer auf sie zurückblickt, sollte sie in ihren Voraussetzungen, in ihrer Entwicklung und Entfaltung und
630 zugleich auch in ihren Konsequenzen sehen. Darum wird die intensive Unterstützung der Arbeit der
631 Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora sowie der Erhalt weiterer Erinnerungsstätten generell
632 ein untrennbarer Bestandteil der Politik der Partei DIE LINKE sein.

633
634 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für die langfristige Sicherung der kulturellen**
635 **Substanz!**

636 Die Theater des Freistaates Thüringen sind für DIE LINKE weit mehr als bloße Kultureinrichtungen,
637 vielmehr stellen sie zugleich soziokulturelle und Bildungszentren für die Regionen dar. DIE LINKE will
638 mit allen Akteuren im Bereich von Theatern und Orchestern ein langfristiges Wirtschafts- und
639 Betreiberkonzept erarbeiten, um künstlerische Qualität und Vielfalt, die Erhaltung der Standorte sowie
640 von Einrichtungen und Arbeitsplätzen zu ermöglichen. Dies soll zu einem Theater- und
641 Orchesterverbund führen, in dem auch das Land seine Verantwortung wahrnimmt.

642
643 Denkmalpflege in ihrer Ganzheit soll in Zukunft einen neuen Stellenwert erhalten. Dieser Bereich ist
644 nicht nur identitätsstiftend, sondern stellt ein wichtiges Mittelstands- und Tourismusförderprogramm
645 dar. DIE LINKE setzt sich darum dafür ein, die Mittel für die Denkmalpflege zu erhöhen und ein
646 eigenes Landesprogramm zu verabschieden. Im Mittelpunkt stehen dabei nicht nur die direkten
647 Denkmalschutzmittel, sondern auch der Ausbau der personellen Ressourcen und der
648 Forschungskapazitäten sowie die Schaffung eines Denkmalpflegezentrums auf dem Erfurter
649 Petersberg.

650
651 Die vielfältige Museenlandschaft Thüringens gilt es zu erhalten. Gemeinsam mit dem
652 Museumsverband will DIE LINKE langfristige Strategien nicht nur zum Erhalt des Status quo, sondern
653 zur Erhöhung der Attraktivität und der Vielfalt entwickeln.

654 DIE LINKE spricht sich auch für die Förderung der Erinnerungsorte an die Teilung Deutschlands in der
655 Epoche des Kalten Krieges, wie .z.B. Point Alpha, aus, um damit eine Akzentsetzung in der notwendigen
656 Geschichtsaufarbeitung in der Thematik Teilung und Grenze vorzunehmen.

657
658 DIE LINKE setzt sich für verbindliche gesetzliche Regelungen zum Schutz von Kultureinrichtungen mit
659 einem besonderen Bildungsauftrag (z.B. Bibliotheken, Musikschulen, Jugendkunstschulen) ein. Ziel ist
660 die langfristige Sicherung von qualitativen Standards und die Beseitigung sozialer Barrieren.

661
662 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Erhalt und Neudefinition des öffentlich-rechtlichen**
663 **Rundfunks!**

664 Medienkommunikation und Information prägen unsere Wissenshorizonte, berühren Grundfragen
665 demokratischer Beteiligung. Dazu sollen sie Aufklärung und Bildung fördern, Bürgerinnen und Bürger
666 zur Beteiligung an politischen Entscheidungen befähigen und in Kontrollmöglichkeiten einbeziehen.
667 Medien müssen der Gesellschaft und dem Individuum die Möglichkeit geben, sich vielstimmig zu
668 artikulieren.

669 Die Aufgaben und der Stellenwert des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sollen durch die Novellierung
670 der MDR- und ARD-Rundfunkstaatsverträge neu definiert und der Medienstandort Thüringen gestärkt
671 werden.

672 DIE LINKE setzt sich konsequent dafür ein, das vorhandene Einsparpotentiale bei der Festsetzung
673 neuer Rundfunkgebührenerhöhungen stärker berücksichtigt, Befreiungstatbestände sozial
674 ausgestaltet sowie Mehrfachzahlungen von GEZ-Gebühren abgeschafft werden. Der Empfang des
675 öffentlich-rechtlichen Rundfunks muss für alle bezahlbar bleiben.

676
677 DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass der Breitbandanschluss als Universaldienst der Telekom
678 überall zur Verfügung steht und keine digitale Spaltung der Gesellschaft existiert.

679 DIE LINKE tritt für den Erhalt und die Entwicklung der Bürgermedien, d. h. offene Kanäle,
680 nichtkommerzielle Anbieter sowie freie Radios und des Schulfunks ein. Sie sollen die
681 Medienlandschaft in ihrer Vielfalt ergänzen.
682 Um Medienkompetenz zu entwickeln, muss es einen ungehinderten Zugang zum Internet in
683 Hochschulen, Bibliotheken sowie in kommunalen Einrichtungen geben.
684 DIE LINKE setzt sich weiterhin für die Stärkung der demokratischen Kontrollmöglichkeiten der Medien
685 durch Rundfunkräte, Redaktionsstatuten und Zuschauerbeiräte ein.
686 Die Ansiedlung von Film- und Fernsehmachern im Kinder- und Jugendbereich fördert DIE LINKE durch
687 Produktionskostenzuschüsse, Bürgschaften für Kredite und Ausbildungsförderung für Künstler und
688 Kulturmanager. Zudem setzt sie sich für einen Medienpreis für Kinder- und Jugendproduktionen ein,
689 der auf dem Thüringer Mediensymposium verliehen wird.

690

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Sportförderung ist Pflichtaufgabe!

691 DIE LINKE betrachtet Sport als hohes Kulturgut.

692 Sport stellt eine Querschnittsaufgabe sowohl in Bildungs-, Gesundheits-, Sozial- und Familienpolitik,
693 Kinder- und Jugendpolitik, aber auch in Tourismus, Wirtschafts- und Umweltpolitik dar.

694 DIE LINKE sieht das Ziel einer Sportförderung in Erhaltung und Fortentwicklung einer leistungsfähigen
695 Sportinfrastruktur, die auch durch den Bund und die Länder gewährleistet werden muss.
696 Sportangebote müssen sowohl für Kinder und Jugendliche als auch für Seniorinnen und Senioren,
697 einschl. der Ausbildung von Übungsleitern und -betreuern und der ständige Qualifizierung auch im
698 Behinderten- und Rehabilitationssport garantiert werden. DIE LINKE betrachtet Sportförderung als
699 Pflichtaufgabe der Kommunen.

700 Sportförderung umfasst den Breiten- und Spitzensport, den Nachwuchsleistungssport,
701 Sportwissenschaften und Sportmedizin.

702 DIE LINKE sieht in einer Erhöhung der Landesmittel für den Sportstättenbau einen zwingenden Weg
703 zur Verbesserung der Sportstättensituation, besonders auch der Frei- und Hallenbäder. Es wird sich
704 für eine Wiederauflage eines Programms zur Turnhallensanierung durch das Land eingesetzt. Mit Blick
705 auf eine stabile und nachhaltige Finanzierung des Sports und seiner Organisationen soll mittelfristig
706 über eine durch den Landeshaushalt festgelegte institutionelle Förderung, unabhängig von
707 Lotteinnahmen, diskutiert bzw. eingeführt werden.

708

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für interreligiöse Kommunikation!

709 DIE LINKE nimmt die religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisse jedes Einzelnen ernst. Die
710 Trennung von Kirche und Staat beinhaltet für die LINKEN einen achtungsvollen Umgang und Respekt
711 vor den Aufgaben der anderen. Dies gilt ausdrücklich auch für das Wirken der Kirchen im öffentlichen
712 Raum. Dabei stehen Kooperation und Kommunikation im Vordergrund. Sowohl die Verständigung
713 zwischen den Religionsgemeinschaften ist Teil dieses gesellschaftlichen Austausches als auch die
714 Verständigung zwischen Religionen auf der einen und der großen Mehrheit der sich als nicht religiös
715 verstehenden Thüringerinnen und Thüringer auf der anderen Seite.

716 DIE LINKE wird ihren aktiven Beitrag zur Ausgestaltung der Luther-Dekade bis zum 500. Jahrestag des
717 Anschlags der 95 Thesen im Jahre 2017 leisten.

718

719

720

UNSER LEITPROJEKT: MENSCHENWÜRDIGE UND EXISTENZSICHERNDE ARBEITSPLÄTZE FÜR FRAUEN UND MÄNNER - THÜRINGENS WIRTSCHAFT STÄRKEN

721

722

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Sozialökologischer Umbau durch Innovationen in der Regionalwirtschaft!

723 Die Wirtschaftsstruktur ist kleinteilig, über 74 % der Unternehmen haben weniger als 10 Beschäftigte,
724 95 % weniger als 50. Viele Menschen sind abgewandert oder pendeln zur Arbeit über Thüringer
725 Grenzen hinaus oder haben sich selbständig gemacht. Prekäre Beschäftigung hat große Ausmaße
726 angenommen. Es besteht ein grundlegendes Defizit von Existenz sichernden Arbeitsplätzen.
727 Andererseits sind Firmen in zahlreichen Branchen entstanden, wie die Solarenergie, Optik, denen
728 eindeutig die Zukunft gehört. Thüringen bietet zudem gute Chancen, Vorreiter für ein nachhaltiges
729 Wirtschaften zu werden.

730

731 Grundlegende Ziele LINKER Wirtschaftspolitik sind die Erhaltung und Schaffung Existenz sichernder
732 Arbeitsplätze, ein sozial-ökologischer Umbau der Wirtschaft, einer sich selbst tragenden
733 wirtschaftlichen Entwicklung und die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt. Im Kern
734 geht es um Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit, die Stärkung und Förderung regionaler
735 Wertschöpfung, um die Erschließung von neuen Wirtschaftsfeldern und Zukunftsbranchen. Kurzfristige

736

737

738

739

740

741 Potenziale zur Schaffung von Arbeitsplätzen liegen vor allem in den Bereichen Klimaschutz/Energie, in
742 der kommunalen Daseinsvorsorge, in der Kultur und im Tourismus. Langfristige Potentiale sind vor
743 allen in den wissens- und forschungsbasierten Bereichen zu sehen. Mit Wirtschaftswachstum allein
744 kann jedoch das gesamtgesellschaftliche Problem der Massenarbeitslosigkeit nicht gelöst werden.
745

746 DIE LINKE plädiert für eine generelle Bestandaufnahme bei der Förderpolitik. So sollen alle bisherigen
747 Förderprogramme auf ihre Wirksamkeit geprüft werden. Dazu sind Kriterien und Zielformulierungen zu
748 entwickeln und alle Förderrichtlinien entsprechend zu überarbeiten, die Gesamtzahl der Programme
749 ist zu reduzieren. Die im Jahr 2010 anstehende Evaluierung der EU- Programme ist zur Überprüfung
750 der Ziele der operationellen Programme der EU zu nutzen und in Abstimmung mit den EU-Gremien
751 sowie den regionalen Akteuren weiter zu qualifizieren. Darüber hinaus sind die Ressorts der
752 Landesregierung und ihre jeweiligen Förderprogramme stärker zu vernetzen, um ein besseres
753 Zusammenwirken insbesondere bei komplexen Aufgaben mit dem Ziel von nachhaltigen Effekten zu
754 erreichen.

755 Die Ministerien sollen ein gleichstellungspolitisches Programm erarbeiten, das in allen Ressorts und
756 Politikfeldern zur Verbesserung der Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft
757 beiträgt.
758

759 DIE LINKE wird, um beschäftigungspolitische Effekte insbesondere durch die Förderung von
760 Zukunftsbranchen, bei öffentlichen Dienstleistungen und der Infrastruktur zu erzielen, die Entstehung
761 von Arbeitsplätzen fördern und um Mittelstand und Handwerk zu stärken, ein öffentlich finanziertes
762 „Thüringer Zukunftsinvestitionsprogramm“ erarbeiten. Um Infrastrukturprojekte innerhalb der
763 Gemeinschaftsaufgabe stärker zu unterstützen und zu fördern, werden die Anteile der
764 innerbetrieblichen und Infrastrukturförderung auf das Verhältnis 60:40 geändert.
765

766 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Stärkere Förderung der einheimischen** 767 **Unternehmen und des Handwerks!**

768 Wir wollen die „Globalisierung regional gestalten“. Ein Schwerpunkt der Förderprogramme wird
769 besonders die gezielte Förderung der einheimischen Wirtschaft und von regionalen
770 Wirtschaftskreisläufen sein. Priorität genießt bei der Wirtschaftspolitik die Förderung der ansässigen
771 Potentiale. Konkret unterstützt wird in Zukunft auch die Entwicklung von Genossenschaften, um die
772 gleichberechtigte Förderung von Unternehmen aller Eigentumsformen zu realisieren. Dazu wird ein
773 Thüringer Genossenschaftsgesetz erarbeitet. Initiiert werden soll die Schaffung einer neuen
774 Rechtsform „Kleine Genossenschaft“/„Wirtschaftlicher Verein“/„Kooperativgesellschaft“.
775

776 In Thüringen sollen kleine und mittlere Unternehmen und das einheimische Handwerk Vorfahrt haben.
777 Sie leisten einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung, sind bodenständig und regional
778 verwurzelt. Wirtschaftsförderung ist stärker in Darlehensform zu gewähren. Die in Thüringen bisher
779 durch die Landesregierung angekündigten bzw. eingerichteten Fonds zur Förderung von Zuschüssen
780 und Darlehen für kleine und mittlere Unternehmen und das Handwerk sind deshalb in ihrem Volumen
781 deutlich aufzustoßen.
782

783 Zu Unterstützung der klein- und mittelständischen Unternehmen und des Handwerks wird DIE LINKE
784 ein modernes „Mittelstandsfördergesetz“ vorlegen. Das Gesetz soll u. a. die Zusammenarbeit und
785 Vernetzung zahlreicher Selbstständigen und Freien Berufen als Einzelunternehmen fördern und
786 unterstützen. Zu berücksichtigen sind auch die spezifischen Probleme der kleinen und
787 Kleinstunternehmen, wie Vertriebsstrukturen, Marketing/Werbung, Marktzugang, Bedarf an
788 Mikrodarlehen.

789 Unternehmen, die unverschuldet in Not geraten sind, sollen durch eine Taskforce im
790 Wirtschaftsministerium, die mit den Kommunen eng verknüpft ist, Hilfe zur Selbsthilfe erhalten. Die
791 Einrichtung eines Liquiditätsfonds und von Zins- und Darlehensmatorien werden geprüft.
792

793 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Existenz sichernde Löhne anstatt Lohndumping!**

794 DIE LINKE wendet sich gegen alle Formen der Niedriglohnbeschäftigung, wie z.B. Leiharbeit oder
795 kostenlose Dauer-Praktika junger Absolventen. Um Lohndumping bei der Vergabe öffentlicher
796 Aufträge zu vermeiden, ist die Einführung eines „Thüringer Mindestlohn- und Vergabegesetzes“ nötig.
797 Im Mittelpunkt steht das Gebot, öffentliche Aufträge nur an Unternehmen zu vergeben, die Tariflöhne
798 und die Existenz sichernde Mindestlöhne nicht unter 8 Euro pro Stunde zahlen. Weitere Kriterien
799 werden sein, dass es sich um Unternehmen handelt, die Menschen mit Behinderung einstellen, die
800 überdurchschnittlich aus- und weiterbilden, die Chancengleichheit befördern und familienfreundlich
801 sind. Darüber hinaus werden weitere soziale und ökologische Kriterien definiert. Das Gesetz soll auch
802 den Rahmen für Anforderungen an planerische Leistungen z. B. betriebliche Energie sowie Regelungen

803 zu Zahlungsmodalitäten bei öffentlichen Aufträgen einschließlich von Pfändungsrechten der
804 Auftragnehmer enthalten. Zur Reduzierung der Vergaben an Großunternehmer ist einer ausgeweitete
805 Losweisen Vergabe Vorrang einzuräumen. Nachbesserungen zum „Forderungssicherungsgesetz“,
806 welche mit Kammern und Verbänden sowie Gewerkschaften abgestimmt werden, soll durch eine
807 Bundesratsinitiative vorbereitet werden.
808

809 Wir werden ein komplexes Programm „Thüringer Initiative für Bildung und Arbeit“ verabschieden. Es
810 dient dazu, die Aus- und Weiterbildung zur Sicherung des künftigen Fachkräftebedarfes als Bestandteil
811 einer zukunftsorientierten Struktur- und Beschäftigungspolitik und der Bekämpfung von
812 Arbeitslosigkeit zu organisieren. Darüber hinaus befürwortet DIE LINKE entsprechend dem Bedarf eine
813 Erweiterung der Berufsakademien, die sich mit ihrer praxisnahen Ausbildung gut etabliert haben.
814

815 Um die Unterstützung ansiedlungswilliger Unternehmen effektiver und unbürokratischer zu gestalten,
816 werden in Zusammenarbeit mit der Landesentwicklungsgesellschaft und den Kammern die
817 Bestandspflege bestehender Unternehmen, Beratungs- und Coachingangebote für
818 Existenzgründerinnen und Existenzgründer, die begleitende Betreuung von Ansiedlungen und
819 Rückkehrerinitiativen forciert.
820

821 Die Thüringer Verwaltung auf Landes- und kommunaler Ebene muss sich wesentlich stärker als bisher
822 auf ihre Servicefunktion gegenüber Investoren und Unternehmen orientieren. Dafür müssen
823 Zuständigkeiten gebündelt, Investitionshemmnisse abgebaut und Verfahrensfragen auf ein
824 Mindestmaß beschränkt werden. Ziel der Anstrengungen ist der Aufbau einer serviceorientierten
825 Verwaltung, die das Know How der Wirtschaftsförderung bündelt und Unternehmen
826 problemlösungsorientiert (Qualifizierung, Markterschließung, Liquidität) zur Seite steht. In der
827 Staatskanzlei soll ein „Obmann für Verwaltungsmodernisierung“ geschaffen werden, der als
828 Ansprechpartner bei Bürokratiehemmnissen zur Verfügung steht sowie Anregungen zur
829 Verwaltungsmodernisierung aufnimmt und in die Ressorts einspeist.

830 Die Partei DIE LINKE wird in Regierungsverantwortung eine Reihe Initiativen auf den Weg bringen, um
831 für solche Verbesserungen zu streiten. Wir planen für diese Zeit mehrere Bundesratsinitiativen zu
832 gesetzlichen und Existenz sichernden Mindestlöhne zur Sicherung des Lebensunterhalts, zur Stärkung
833 der Kaufkraft, zur Einführung einer armutsfesten und Existenz sichernden sozialen Grundsicherung
834 und die Verteidigung von sozialen und Arbeitnehmerrechten sowie zur Stärkung von Betriebsräten und
835 Gewerkschaften.
836

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Mit Innovationen Arbeitsplätze schaffen!

837 Eines der wichtigsten Standbeine Thüringens ist der Bereich von Forschung und Technologie. Damit
838 können innovative und nachhaltige Arbeitsplätze geschaffen werden. Thüringen hat im Bereich der
839 Forschung an Unternehmen deutlichen Nachholbedarf. Wir wollen darum ein Standortmarketing, das
840 sowohl weiche als auch harte Standortfaktoren, wie z.B. Bildung, Kultur und Infrastruktur, umfasst.
841 Voraussetzung dafür ist sozialökologischer Umbau unter Wahrung und Entwicklung kultureller
842 Gegebenheiten. Wir wollen die Bündelung der Forschungsförderung. Kernstück ist ein ausgewogenes
843 Verhältnis von Grundlagen- und angewandter Forschung; die Förderung von
844 Zukunftstechnologiekonzepten (Energiewende, Informatik, Optik, Altersforschung, Medizintechnik
845 usw.) und Branchenclustern. Die spezifische Förderung von Forschungs- und Entwicklungs-Strukturen
846 in Clustern und Netzwerken wird als vorrangiges Ziel verfolgt. Dabei ist die Zusammenarbeit zwischen
847 Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Wirtschaft wichtige Voraussetzung. DIE LINKE will, dass in
848 Zukunft Unternehmen steuerliche Vergünstigungen für Investitionen in Forschung und Entwicklung
849 erhalten. Ein Programm für technologieoffene Förderung von Kooperationen zwischen Unternehmen
850 und Wissenschaftseinrichtungen soll aufgelegt werden. Technologie- und Gründerzentren werden
851 durch das Land anteilig finanziert.
852
853

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Neue Ansätze in der Arbeitsmarktförderung!

854 Auf der Grundlage eines Thüringer Landesarbeitsmarktprogramms soll der Ausbau von
855 Dienstleistungen der Daseinsvorsorge durch öffentlich finanzierte Beschäftigung unter Nutzung der
856 vorhandenen Förderinstrumente zielgerichtet entwickelt werden. Wichtigste Kriterien dafür sind, die
857 Maßnahmen müssen versicherungspflichtig und Existenz sichernd, freiwillig und langfristig - für Ältere
858 unbefristet - sein. In Zusammenarbeit mit den Kommunen, Landkreisen und Freien Trägern sollen
859 längerfristige (mindestens dreijährige) Arbeitsplätze geschaffen werden. Hierbei soll auf die
860 gleichberechtigte Beteiligung von Frauen geachtet werden.
861
862

863 Um neue, innovative Ansätze erproben zu können, ist die Förderung von Modellprojekten der aktiven
864 Arbeitsmarktpolitik (z.B. Zentren der Neuen Arbeit) nötig. Um dabei finanzielle und inhaltliche

865 Synergieeffekte in der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu erreichen, soll eine Rahmenvereinbarung mit der
866 Bundesagentur für Arbeit abgeschlossen werden.

867
868 Von grundsätzlicher Bedeutung für DIE LINKE sind die Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern und die
869 Stärkung der Betroffenen- und Erwerbsloseninitiativen, u.a. durch Wiedereinführung der Förderung
870 von unabhängigen Beratungsstellen für Arbeitslose.

871
872 Wir werden das Gesamtsystem der Landesunternehmen einer generellen Aufgabenkritik bezüglich
873 möglicher Aufgabendopplung und der jeweiligen Zielkriterien unterziehen. Daraus sollen dann klare
874 Vereinbarungen und Ziele für ihr Agieren definiert werden. Gleichzeitig ist die Beteiligung des Landes
875 an privaten Wirtschaftsunternehmen kritisch zu überprüfen. Der Beteiligungsbericht des Freistaats
876 Thüringen ist zu erweitern und Ziele der Beteiligung, Aufgaben der Unternehmen, Umfang der
877 staatlichen Förderung bzw. Unterstützung, geplante Dauer der Beteiligung, Stand der Akquise privater
878 Investoren sind darzustellen. Der Aufbau einer „Landesdienstleistungsgesellschaft“ ist zu prüfen.

879
880 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für einen ganzheitlichen Tourismus!**

881 Der Tourismus in Thüringen hat für DIE LINKE eine besondere kulturelle, soziale, ökologische und
882 wirtschaftliche Bedeutung. Sie wird sich für einen sozial gerechten, barrierefreien und ökologisch
883 verantwortbaren Tourismus einsetzen. Dabei wollen wir konkret solche Projekte fördern, die attraktive
884 bezahlbare touristische Angebote auch für sozial Schwache entwickeln und anbieten. Wir wollen den
885 Kinder und Jugendtourismus zielgerichtet in Thüringen ausbauen („Junges Land für junge Leute“). Die
886 Barrierefreiheit, als ein bedeutendes Qualitätskriterium, soll konsequent umgesetzt und über
887 Qualitätswettbewerbe die Familien- und Kinder- sowie Seniorenfreundlichkeit weitergeführt bzw. neu
888 ausgerichtet werden. Wir wollen den Tourismus auch als einen wirtschaftlichen Pfeiler etablieren,
889 denn dort liegt ein erhebliches kurzfristig zu aktivierendes und nachhaltiges Arbeitsplatzpotential.
890 Darum wird die Förderung in diesem Bereich finanziell und inhaltlich deutlich aufgewertet und neu
891 ausgerichtet.

892 Tourismusschwerpunkte Thüringens sind neben der Initiative „Lust auf Natur“ in erster Linie die
893 großen kulturellen und kunsthistorischen Güter des Landes. Alle Tourismusformen werden
894 aufeinander abgestimmt und ein entsprechendes Gesamtprogramm umgesetzt. Dazu gehört für uns
895 die touristische Vermarktung des Thüringer Waldes mit dem „Rennsteig“ als einzigartige Destination in
896 Thüringen und der Ausbau des Städte- und Kulturtourismus. Die frühere Kleinstaaterei mit ihrer
897 Vielfalt an einstigen Residenzen bietet einmalige Chancen zu einer Unverwechselbarkeit. In diesem
898 Zusammenhang sowie mit der Wirtschaftsförderung ist die bessere Ausstattung mit
899 Denkmalschutzkapazitäten zu sehen. Wir setzen uns aktiv ein für den weiteren Ausbau des
900 Wintertourismus und die stärkere touristische Vermarktung von Wintersportevents und stehen für die
901 weitere Entwicklung des Kur-, Gesundheits-, und Wellness-Tourismus. Unabdingbar bleiben auch ein
902 weiterer Ausbau des touristischen Radwegenetzes und die ökologisch verantwortbare touristische
903 Nutzung der Großschutzgebiete unter der Dachmarke „Nationale Naturlandschaften“, mit dem
904 Schwerpunkt der Umweltbildung und eine stärkere Zusammenarbeit mit betreffenden anderen
905 Bundesländern sowie die touristische Nutzung historischer Erinnerungsorte.

906
907 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Raumordnung, Landesplanung und**
908 **Stadtentwicklung an der Nachhaltigkeit orientieren!**

909 DIE LINKE wird die Raumordnung und die Landesplanung unter Ausschöpfung der landesgesetzlichen
910 Spielräume nach den Erfordernissen einer nachhaltigen Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik
911 novellieren. Schwerpunkte sind für uns dabei die Hervorhebung der erneuerbaren Energien als
912 vorrangigen öffentlichen Belang, die Überwindung von Zersiedelungen und die Eindämmung des
913 Flächenverbrauchs, aber auch die Berücksichtigung demographischer Fakten. Ziel ist eine flächen-
914 und umweltschonende sowie energie- und kostensparende Infrastruktur. In diesem Sinne sind auch
915 die Vorhaben der Stadtentwicklungsplanung zu gestalten. Ökologische Konzepte und vorhandene
916 Sparten, wie das Kleingartenwesen, sind in ihrer Bedeutung zu stärken.

917 Mit den landespolitischen Kompetenzen für die Raumordnung sollen auch das Baurecht und das
918 Kommunalrecht sowie die Ausbildungs- und Mittelstandsförderung hin zu einer ressourceneffizienten
919 Wirtschaftsweise angepasst werden. Auch hier gilt es die Beteiligungsrechte von Kommunen,
920 Bürgerinnen und Bürgern sowie von Verbänden in den Planungsverfahren zu stärken und die Fristen
921 angemessen zu gestalten.

922
923 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Die Entwicklung ländlicher Räume stärken -**
924 **Schonender Umgang mit Ressourcen!**

925 Die Entwicklung der ländlichen Räume ist ein wichtiger Teil der Wirtschaftsentwicklung Thüringens
926 und erfordert eine abgestimmte Strategie zwischen Wirtschaftsförderung, Tourismusentwicklung, und

927 Daseinsvorsorge. Das Ziel der Partei DIE LINKE ist es, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen
928 Regionen Thüringens zu erhalten, d.h. Versorgung mit Gesundheitseinrichtungen,
929 Bildungseinrichtungen (von der Kita bis zur Schule) Kultur und Mobilität, also öffentlichem Nahverkehr
930 und Arbeitsplätzen. Wir setzen dabei auf regionale Initiativen mit vielfältigen Produktions- und
931 Lebensstrukturen und werden die Förderprogramme gezielt dafür einsetzen.

932
933 Nachhaltige Politik muss einen schonenden Umgang mit Ressourcen zum Prinzip erheben. DIE LINKE
934 gibt vor allem der Vermeidung von Abfall vor einer qualitativ hochwertigen Verwertung
935 (Kreislaufwirtschaft) den Vorrang. Eine auf den Prinzipien der Nachhaltigkeit beruhende
936 Abfallwirtschaft wird DIE LINKE befördern. Die weitere Flächenversiegelung soll gestoppt, die Nutzung
937 von Altstandorten für Baumaßnahmen bevorzugt und die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit in der
938 Landwirtschaft gewährleistet werden.

939 Im Mittelpunkt soll auch der verstärkte Einsatz und die konsequente Nutzung bzw. Veredelung der in
940 Thüringen zur Verfügung stehenden nachwachsenden Rohstoffe stehen.

941 DIE LINKE befürwortet ausschließlich einen umweltverträglichen Kalibergbau ohne Laugenversenkung
942 sowie mit einer deutlichen Verringerung der Belastung der Werra mit lebensfeindlichen Kaliabwässern,
943 einer optimalen Rohstoffausnutzung in den Lagerstätten und die Verbringung der Rückstandshalden
944 unter Tage (bzw. Haldenabdeckung).

945 Naturgips soll in Zukunft – so weit möglich durch Gips aus Entschwefelungsanlagen ersetzt werden
946 und damit die einmalige Gipskarstlandschaft im Südharz erhalten werden.

947

948 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Ressource Wasser - Für eine bezahlbare**
949 **Wasserversorgung und Abwasserentsorgung!**

950 Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sind Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge! Seit
951 Jahren wird die Fördermittelbereitstellung für die Aufgabenträger der Wasserver- und
952 Abwasserentsorgung zurückgefahren und soll mittelfristig eingestellt werden. Dann sind
953 flächenmäßige Senkungen von Gebühren und Beiträgen nicht möglich. Grundsätzlich fordert DIE
954 LINKE sozial vertretbare Kommunalabgaben, umfassende Kostentransparenz, Einwohnerbeteiligung
955 bei Investitionen in öffentliche Einrichtungen und die Konzentration der Aufgabenträger.

956

957 DIE LINKE wird darum ausreichend Fördermittel für die Aufgabenträger zur Verfügung stellen,
958 bezahlbare Entgelte für Wasser und Abwasser in Thüringen einführen. Wir werden dafür sorgen, dass
959 die Einwohnerinnen und Einwohner im ländlichen Raum nicht benachteiligt und die örtlichen
960 Gegebenheiten beachtet werden und dass die Kommunen und örtlichen Aufgabenträger ihr
961 Finanzierungssystem im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung eigenständig entscheiden und
962 umsetzen. Aufgabenträger müssen absolute Kostentransparenz gewährleisten und nachweisen. Eine
963 umfassende Bürgerbeteiligung erfolgt und Verbraucherbeiräte werden pflichtig eingeführt. Ein
964 nachhaltiger Ausbau und die Sicherung der ordnungsgemäßen Wasserver- und Abwasserentsorgung
965 wird Vorrang eingeräumt, ökologisch orientiertes Verbrauchsverhalten wird gefördert und ein
966 verursachergerechtes Abgabensystem verfolgt.

967 Wir werden keine rückwirkende Erhebung von Beiträgen zulassen und ein ausgewogenes Verhältnis
968 bei den Grundrechten in Bezug auf das Eigentum sowie eine ausgewogenes Verhältnis zwischen
969 Leistung und Gegenleistung herbeiführen.

970 Durch eine zielgerichtete Förderpolitik und kritische Überarbeitung der Investitionsplanung können die
971 Abwassergebühren sozial vertretbar gestaltet werden.

972

973 DIE LINKE wird verstärkte Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässerqualität und des Grundwassers
974 einleiten. Dabei soll Anschluss an Kläranlagen dort weiter gefördert werden, wo der Gewässerzustand
975 es erforderlich macht. Die Aufhebung des Anschluss- und Benutzungszwanges ist in Einzelfällen zu
976 ermöglichen.

977 Dem Wunsch auf Betreibung von Kleinkläranlagen durch Zweckverbände/Gemeinden zur
978 Verbesserung der Gewässerstruktur soll stattgegeben werden. Nutzungskonflikten wird durch
979 Flurneuordnung begegnet

980 Der Hochwasserschutz soll durch Entsiegelung, Renaturierung, Auenfreihaltung, Erhaltung und
981 Verbesserung technischer Infrastruktur sowie eine flussgebietsbezogene Fachverwaltung erreicht
982 werden. Die Sicherung örtlicher Trinkwasserdarangebote und die Zukunftssicherung bei der
983 Fernwasserversorgung werden durch Effizienzsteigerung, ausreichende Werterhaltung, frühzeitige
984 Planung der Ersatzwasserversorgung gewährleistet.

985

986 Im Bereich des Naturschutzes will DIE LINKE den Biotopverbund, vor allem zwischen den
987 Großschutzgebieten, vorantreiben. So wird sich das Land Thüringen am Biosphärenreservat Südharz
988 beteiligen. Die Attraktivität des Nationalparks und der Biosphärenreservate soll durch Umweltbildung

989 deutlich gesteigert werden. In diesem Zusammenhang soll auch die Forschung in Schutzgebieten
990 verbessert werden. Der Vertragsnaturschutz wird dort gewährt, wo keine landwirtschaftliche Nutzung
991 möglich ist.

992
993 DIE LINKE wird eine Korrektur der Maßnahmen der Landesregierung bei den Umweltbehörden
994 herbeiführen und sich für eine effiziente Umweltverwaltung einsetzen. Dazu zählen die
995 Aufgabenanalyse und eine anschließende Ansiedelung der Aufgaben nach der Häufigkeit ihres Anfalls
996 und der gebotenen Ortsnähe. Die Zusammenarbeit kommunaler Aufgabenträger u. a. auf der Ebene
997 der regionalen Planungsgemeinschaften wird forciert und die Übertragung von Aufgaben des
998 Landesverwaltungsamtes auf diese Strukturen vorgenommen.

1000 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für eine zukunftsfähige Land- und Forstwirtschaft!**

1001 DIE LINKE erkennt die vielfältigen Eigentums- und Produktionsstrukturen – insbesondere der
1002 Agrargenossenschaften - in der Landwirtschaft Thüringens an und setzt sich dafür ein, dass die
1003 derzeitige flächenmäßige Ausdehnung der landwirtschaftlichen Nutzung erhalten bleibt und
1004 insbesondere naturschutzfachliche wertvolle Flächen, wie z.B. Bergwiesen erhalten bleiben. Dazu
1005 bedarf es einer Förderung und Umsetzung einer ökologisch verträglichen landwirtschaftlichen
1006 Produktion, bei der sowohl der Bedarf an Nahrungsmitteln, wie auch an Bioenergie abgedeckt wird,
1007 aber die Bioenergieproduktion nicht zu Lasten der Nahrungsmittelproduktion geht (Analyse der
1008 Potentiale und Masterplan für Thüringen). Kreislaufwirtschaft, eine verstärkte Nutzung von Reststoffen
1009 und neue Strategien der Biodiversifizierung sowie des Pflanzenschutzes auf pflanzlicher Basis sind
1010 hierbei Schlüsselemente.

1011
1012 Agrarpolitik wird künftig mehr als traditionelle Landwirtschaftsförderung sein. Die deutschen und
1013 europäischen Mittel der Agrarförderung, Förderprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau sowie
1014 der landwirtschaftlichen Rentenbank wollen wir mit Landesmitteln so verknüpfen, dass langfristige
1015 und wiederkehrende Investitionen im ländlichen Raum möglich sind. Das Dorferneuerungsprogramm
1016 und das Programm „Soziale Stadt“ sollen deshalb wesentlich stärker als bisher zur
1017 Strukturentwicklung des ländlichen Raums genutzt werden.

1018 Aufbauend auf dem Fördergrundsatz der „integrierten ländlichen Entwicklung“ wollen wir diese Mittel
1019 als wirtschafts- und strukturpolitische Plattform nutzen, um mehr Investitionen für landwirtschaftliche
1020 Betriebe, Handwerk, Handel, Tourismus und Gewerbe auszulösen.

1021 Wir wollen Anreize schaffen, um Menschen zu motivieren sich dauerhaft wieder im ländlichen Raum
1022 niederzulassen. Die Verknüpfung von ökologischer Landwirtschaft, nachhaltigem Tourismus und der
1023 Gesundheitswirtschaft insbesondere der Rehabilitationsmedizin werden Entwicklungsschwerpunkte.

1024
1025 Wir werden uns aktiv einbringen in die zielgerichtete Überarbeitung der EU-Agrarpolitik und für einen
1026 langfristigen Umbau der Agrarsubventionen und eine umweltverträgliche sowie sozial gerechte
1027 Landbewirtschaftung kämpfen.

1028
1029 Mit einem Waldanteil von 33 % an der Landesfläche gehört Thüringen zu den walddreichsten Ländern
1030 der Bundesrepublik Deutschland. Unser Wald ist unverzichtbar für den Erhalt und Schutz der Tier- und
1031 Pflanzenarten sowie unseres Bodens und Wassers. Er dient als Klima-, Immissions-, Lärm- und
1032 Sichtschutz. Die Thüringer Wälder sind vor allem ein Erholungswald, den wir als ein wichtiges Element
1033 eines nachhaltigen und ökologischen Tourismus entwickeln wollen. Die Thüringer Wälder sollen auch
1034 künftig für alle Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stehen. Der Schutz und die Pflege des Waldes
1035 ist deshalb eine Aufgabe öffentlicher Daseinsvorsorge.

1036 DIE LINKE setzt sich ein für die weitere Mehrung der Waldfläche in Thüringen, den Erhalt des
1037 Staatlichen Forstbetriebs und die Beibehaltung des Einheitsforstamtes. Waldpflege, -umbau und -
1038 bewirtschaftung bergen großes Potenzial zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Der Waldumbau hat zum
1039 Ziel, stabile, dem Klimawandel angepasste, naturnahe Mischwaldbestände zu erreichen, die ihren
1040 Beitrag zum Klimaschutz leisten und stabile Erträge für die Forstwirtschaft bringen. Durch
1041 Flurneuordnung und Unterstützung forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse soll eine Verbesserung
1042 der oft für eine effektive Bewirtschaftung zu kleinteiligen Flächenstruktur herbeigeführt werden. Der
1043 Zuwachs an Holz als wertvoller, innovativer Rohstoff für die heimische Industrie soll mit dem Ziel einer
1044 höchstmöglichen Veredelung einer optimalen Nutzung zugeführt werden. DIE LINKE wird sich dafür
1045 einsetzen, die Wälder in Thüringen nicht ihrer Multifunktionalität zu berauben und keine einseitige
1046 Bewirtschaftung zuzulassen.

1047 Den Einsatz und die Verbreitung gentechnisch veränderter, transgener Organismen lehnen wir ab.

1048 In der Tierhaltung wird auf eine artgerechte Haltung und Fütterung geachtet, die den Kriterien der
1049 Reduktion von Treibhausgasen, der Kreislaufwirtschaft und der Energiegewinnung gerecht wird. DIE
1050 LINKE wird sich dafür einsetzen, den Tierschutz auch gesetzlich zu stärken. Im

1051 Landwirtschaftsministerium wird eine Tierschutzbeauftragte oder ein Tierschutzbeauftragter
1052 eingerichtet, der mit administrativer Unterstützung Ansprechpartner für Bürger und Verwaltung ist und
1053 Hinweise zur Verbesserung gibt. Initiativen zur Einführung eines Verbandsklagerechtes im Tierschutz
1054 auf Bundesebene werden im Bundesrat unterstützt.

1055 Um den zukünftigen Herausforderungen der Land- und Forstwirtschaft begegnen zu können braucht
1056 es eine Stärkung der Agrarforschung und der landwirtschaftlichen Beratung.

1057
1058 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für eine moderne Verkehrspolitik!**

1059 Das Bedürfnis der Menschen nach Mobilität wächst. DIE LINKE plädiert dafür, Verkehr zu vermeiden
1060 und Verkehr zu verlagern. Diesen Ansatz zu verfolgen und annehmbare Angebote zu unterbreiten,
1061 bedeutet die Menschen mit ihren Wünschen und Vorstellungen mitzunehmen. Zu berücksichtigen ist
1062 auch der demographische Wandel. Bisherige Angebote sind dahin gehend zu überprüfen, ob sie der
1063 alternden Gesellschaft gerecht werden ohne dass dabei die Bedürfnisse von jungen Leuten
1064 vernachlässigt werden. Alle Verkehrsangebote sind barrierefrei anzubieten, ein diskriminierungsfreier
1065 Zugang zu allen Angeboten im Verkehr ist zu gewährleisten. Der Öffentliche Personennahverkehr hat
1066 Vorrang vor dem Individualverkehr und wird entsprechend gefördert.

1067
1068 Das vorhandene Schienennetz muss erhalten, gegebenenfalls sogar ausgebaut und eine Verknüpfung
1069 von Straßen- und Schienenpersonennahverkehr vorgenommen werden. Noch vorhandene Lücken sind
1070 zu schließen. Sozialverträgliche Tarife und die Förderung umweltfreundlicher Antriebssysteme spielen
1071 dabei eine zentrale Rolle.

1072 Der Schienengüterverkehr erhält generell Vorrang, Anschlussgleise sind zu erhalten und zu
1073 reaktivieren und werden – wo möglich – Bedingung beim Neubau bei Industrieansiedlungen. DIE LINKE
1074 ist aus Klimaschutz- und Verkehrssicherheitsgründen konsequent für das Verbot von Long- und
1075 Gigalinern. DIE LINKE verfolgt die „Vision Zero“, d.h. Null Verkehrstote. Dazu fordern wir 0,0 Promille
1076 am Steuer und eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen 130 km/h.

1077
1078 DIE LINKE ist gegen den weiteren Ausbau des Flughafens Erfurt, aber für die Erhaltung des technisch
1079 hohen Niveaus. Der Airport hat nur eine Zukunft beim Charter- und Frachtverkehr. Wir bekennen uns
1080 zum Flugplatz in Altenburg als Regionalflughafen, dessen Landebahn auf das sicherheitstechnisch
1081 notwendige Niveau ausgebaut werden soll. Langfristig müssen in diesem Bereich jedoch die Weichen
1082 für eine mitteldeutsche Planung gestellt werden.

1083
1084 Im Straßenbau haben Instandsetzung und Instandhaltung Vorrang vor Neubau. Der Bau von
1085 Ortsumgehungen muss mit Verkehrsberuhigenden Maßnahmen an der bisherigen Streckenführung
1086 einhergehen. Bei der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen müssen für Thüringen zumindest die
1087 sächsischen Regelungen gelten, wonach Gemeinden selbst entscheiden können ob und in welcher
1088 Höhe sie Beiträge erheben. Als mittelfristiges Ziel bleibt die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge
1089 unter Ersatz der Einnahmeausfälle für die Gemeinden.

1090
1091
1092
1093 **UNSER LEITPROJEKT: ENERGIEOFFENSIVE UND ÖKOLOGISCHE AUSRICHTUNG DER**
1094 **WIRTSCHAFT**

1095
1096 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für Alternativen in der Energiepolitik!**

1097 Der Klimawandel führt uns vor Augen, dass dem Schutz der Natur die höchste Priorität eingeräumt
1098 werden muss. Die Natur wird auch in Zukunft Basis für das Überleben der Menschen und für
1099 Lebensqualität sein. Die Monopolstrukturen im Energiesektor, die ursächlich für das Preisdiktat sind,
1100 erfordern ein Umsteuern in diesem Bereich, um auch sozialverträgliche Energiepreise zu
1101 gewährleisten. Die Energieproblematik ist somit zu einer zutiefst ökologischen, wirtschaftlichen und
1102 sozialen Frage geworden.

1103
1104 DIE LINKE wird in Thüringen mit einer Energieoffensive einen radikalen Wechsel in der Energiepolitik
1105 einleiten. Wir werden dazu einen Masterplan für ein „Energiesparkraftwerk Thüringen“ mit gezielten
1106 Energiespar- und Effizienzvorschlägen vorlegen. Langfristiges Ziel ist die dezentrale Energieerzeugung
1107 und Energieversorgung Thüringens durch einen Mix aus regenerativen Energien. Das Land besitzt
1108 ideale Voraussetzungen, sich mit Wind- und Wasserkraft, Biomasse, Solartechnik, Holzreichtum und
1109 Geothermie zu einer Energieregion zu entwickeln. Thüringen soll also unabhängig von Energieimporten
1110 und Vorreiter dieser Entwicklung sowie ein Zentrum für Forschung, Entwicklung und Fertigung
1111 diesbezüglicher Produkte werden. In diesem Sektor schlummert zudem ein erhebliches
1112 Arbeitsplatzpotential, das geweckt werden muss.

1113
1114
1115
1116
1117
1118
1119
1120
1121
1122
1123
1124
1125
1126
1127
1128
1129
1130
1131
1132
1133
1134
1135
1136
1137
1138
1139
1140
1141
1142
1143
1144
1145
1146
1147
1148
1149
1150
1151
1152
1153
1154
1155
1156
1157
1158
1159
1160
1161
1162
1163
1164
1165
1166
1167
1168
1169
1170
1171
1172
1173
1174

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für die Vergesellschaftung von Stromnetzen und Kraftwerken!

DIE LINKE setzt sich konsequent für den Ausstieg aus der Atomtechnologie ein. Ein Zurück hinter diese Festlegung wird es mit uns nicht geben.

Eine Schlüsselrolle im ökologischen Umbau kommt der Nutzung von regenerativen Energien zu. Weitere Bausteine sind die dezentrale Erzeugung und Verwertung von Energie und die Entwicklung und Produktion von Umwelttechnologien, insbesondere der Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplungen bei der Strom- und Wärmeerzeugung. Um ein Ausbrechen aus der bisherigen Monopolstellung der deutschen Energiekonzerne zu befördern, hält DIE LINKE eine Vergesellschaftung Stromnetze und Kraftwerke für notwendig.

DIE LINKE wird ein Energiekonzept für das ganze Land Thüringen in Angriff nehmen. Dabei soll auf bereits vorhandene regionale und lokale Konzeptionen zurückgegriffen und diese sinnvoll eingebunden werden. Das Vorhaben soll landesweit den Bedarf, die Erzeugung und die Verteilung bzw. Management (sogenanntes virtuelles Kraftwerk) zusammenführen. Dazu sollen auch verbesserte Wirkungsgrade bei der Kopplung von Strom- und Wärmeerzeugung erzielt werden. Für Unternehmen sollen abhängig von ihrem Energiebedarf optimal Gewerbe- und Industrieflächen angeboten werden können. In Abhängigkeit von regionalen Gegebenheiten sind verstärkt Eignungsräume (Energieatlas) für die Erzeugung regenerativer Energie und für den Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplungen auszuweisen. Zudem wird eine Landesenergieagentur gegründet, die die Koordinierung übernimmt.

DIE LINKE wird die Forschung im Bereich Energie in Zukunft massiv unterstützen. Insbesondere das zurzeit im Aufbau befindliche Energietechnische Zentrum Thüringen (EZT) an der TU Ilmenau birgt enormes Potential und soll zum Kompetenzzentrum für ganz Thüringen entwickelt werden. DIE LINKE wird das EZT mit einer Sonderförderung bezuschussen.

Um die Energieoffensive zu befördern wird DIE LINKE ein öffentliches Landesprogramm verabschieden, welches Energie-Projekte von Städten, Gemeinden, Unternehmen und regionalen Initiativen fördert. Unter anderem mit der Solartechnik und den damit befassten Thüringer Firmen sind einmalige Chancen verbunden zu einem „Dächer-Programm“, also der verstärkten Nutzung der Solarenergie.

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Reserven erschließen und ökologisches Handeln belohnen!

Ein Schlüssel zur nachhaltigen Energieversorgung der Zukunft ist der sparsame Umgang mit Energie, wobei der Entwicklung von effizienten Wärmedämm- und Energieeffizienzsystemen im Gebäudebereich sowie der Nutzung energiesparender Geräte und Anlagen große Bedeutung beigemessen werden muss. Bei Neubauten sollen mittelfristig Null-Emissionshäuser angestrebt werden. Vorhandene Gebäude sollen in ihrer Energieeffizienz deutlich verbessert werden. Für Eigentümer mit geringer Finanzkraft plädiert DIE LINKE für die Möglichkeiten des so genannten Contractings ein, also der Vorfinanzierung durch Dritte (z.B. die Thüringer Aufbaubank) und die Tilgung der Investitionskosten aus den eingesparten Energiekosten.

Zudem setzte sich DIE LINKE für die Einführung eines Anreizsystems ein, welches ökologisch verträgliches Handeln und Energiesparen finanziell belohnt, ökologische Belastungen verursachendes Handeln dagegen deutlich höher besteuert.

Die Thüringer Stadtwerke unterstützen wir als wichtige Zentren kommunalen Wirtschaftens. Der Focus ihrer Energieerzeugung ist dabei in erster Linie auf Kraft – Wärme – Kopplung zu richten.

Die Verkehrs-, Struktur- und Regionalplanung werden zusammengeführt. Zudem wird der ÖPNV neu an den Notwendigkeiten von Ökologie und den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden. Weiterhin sind Maßnahmen zum deutlichen Abbau des Schadstoffausstoßes von Fahrzeugen bzw. zur Umrüstung auf alternative Antriebsmöglichkeiten konsequent zu fördern.

DIE LINKE bleibt, so lange keine Notwendigkeit überzeugend nachgewiesen ist, bei ihrem Nein zur geplanten 380-KV-Stromtrasse des Vattenfall-Konzerns durch den Thüringer Wald.

DIE LINKE spricht sich für die Nutzung der Windkraft aus. Entsprechende Anlagen dürfen jedoch nur unter Berücksichtigung der Belange von Natur und Mensch errichtet werden und müssen im Einklang mit Ökologie, Effizienz und Ästhetik stehen.

1175
1176
1177
1178
1179
1180
1181
1182
1183
1184
1185
1186
1187
1188
1189
1190
1191
1192
1193
1194
1195
1196
1197
1198
1199
1200
1201
1202
1203
1204
1205
1206
1207
1208
1209
1210
1211
1212
1213
1214
1215
1216
1217
1218
1219
1220
1221
1222
1223
1224
1225
1226
1227
1228
1229
1230
1231
1232
1233
1234
1235

UNSER LEITPROJEKT: MEHR DIREKTE DEMOKRATIE UND BÜRGERBETEILIGUNG!

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Demokratische Erfahrungen neu beleben!

Wir wollen mehr direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung, damit Thüringerinnen und Thüringer neu erfahren: politisches Engagement lohnt sich, Veränderung ist möglich, Gestaltung vor Ort wird durch eigenes Einbringen Realität.

Mit den Bürgerinnen und Bürgern will DIE LINKE gemeinsam realistische und nachhaltige Politikkonzepte entwickeln und Schritt für Schritt umsetzen.

Verantwortung auf allen Ebenen wird nicht mehr nach Parteibuch, sondern nach Kompetenz und Erfahrung vergeben. Von grundsätzlicher Bedeutung dabei ist die enge Abstimmung mit den Vereinen und Verbänden, mit Vertretungskörperschaften und Betroffenen-Initiativen. Bürgerinitiativen soll öffentlich Gehör verschafft, Wege zur Einbringung von Volksinitiativen im Landtag sollen erleichtert und Möglichkeiten von Volksentscheiden erweitert werden.

Mit ihrem Engagement in zahlreichen Bürgerinitiativen beweisen die Thüringerinnen und Thüringer, wie wichtig ihnen demokratische Teilhabe ist. Sie stärken so die repräsentative Demokratie.

DIE LINKE setzt sich für die Senkung der Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide auf Landes- und auf kommunaler Ebene ein. Mögliche Themenkataloge sollen auch auf haushaltsrelevante Sachverhalte erweitert und diese zur Abstimmung zugelassen werden. Dabei soll der Bürgerentscheid in einen Einwohnerentscheid umgewandelt werden, an dem sich auch junge Menschen und Migranten ab 14 Jahre beteiligen dürfen. Wir setzen uns auch für die Wiedereinführung der freien Sammlung bei Volksinitiativen ein. Auf Bundes- und Landesebene wird sich DIE LINKE einsetzen für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Menschen aus Nicht-EU-Ländern und junge Menschen ab 16 Jahre.

In diesem Sinne sind Demokratie und Bürgerengagement auch Bestandteile im Kampf gegen Rechtsextremismus und Neofaschismus. DIE LINKE tritt dafür ein, ein solches Bekenntnis gegen Nationalsozialismus und Neofaschismus in die Verfassung aufzunehmen.

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Die Kommunen stärken!

Die Kommunen sind für DIE LINKE das Fundament einer demokratischen und sozialen Gesellschaft. DIE LINKE sieht in der Ausgestaltung der kommunalen Selbstverwaltung durch eine stärkere Stellung der Kommunen im bundesdeutschen System einen Weg zur Sicherung des Lebens- und Arbeitsstandortes Thüringen.

LINKE Kommunalpolitik sichert die Transparenz und die Öffentlichkeit kommunaler Entscheidungen. Für uns gilt das Konzept „Gläsernes Rathaus“. Mehr Demokratie ist für uns eine Voraussetzung für die Entwicklung der kommunalen Selbstverwaltung. Für die kommunalen Problemfelder erarbeiten wir gemeinsam mit den Einwohnerinnen und Einwohnern alternative Lösungsvorschläge.

Wir suchen das Bündnis mit selbst organisierten Interessenvertretungen und den sozialen Bewegungen der Bevölkerung.

Die Thüringer Kommunen brauchen eine bedarfsgerechte Finanzausstattung. Der kommunale Finanzausgleich muss aus Sicht der LINKEN die Steuerschwäche der Kommunen tatsächlich ausgleichen. Um die Menschen unmittelbar an der kommunalen Haushaltspolitik zu beteiligen, plädieren wir für das Instrument des Bürgerhaushaltes. Das kommunale Eigentum, das zur Wahrnehmung der kommunalen Aufgaben notwendig ist, muss erhalten und ausgebaut werden. Jede Privatisierung schwächt die Kommunen.

Eine wesentliche Säule kommunaler Selbstverwaltung ist für uns die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen. Diese ist auszubauen, weil nur so die Aufgaben der Daseinsvorsorge im Interesse der Menschen bedarfsgerecht realisiert werden kann. DIE LINKE wird eine Neuordnung des Gemeindefinanzrechts vornehmen, um die Gleichstellung kommunaler Wirtschaftsunternehmen am Markt zu sichern.

Die Verwaltungs- und Gebietsstrukturen in Thüringen müssen sich an den Interessen der Bürger ausrichten. Im Mittelpunkt steht dabei die Stärkung der gemeindlichen Ebene. Zweckverbandsstrukturen auf kommunaler Ebene sollen stärkerer Kontrolle durch die Bürgerinnen und Bürger und Mitbestimmung durch die Kommunalparlamente unterliegen.

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Verwaltung bürgernah und effizient gestalten!

Die Verwaltungs- und Gebietsstrukturen in Thüringen müssen sich an den Interessen der Einwohnerinnen und Einwohner ausrichten. Im Mittelpunkt stehen dabei für DIE LINKE die Stärkung der gemeindlichen Ebene und der kommunalen Demokratie.

1236 Der bisherige dreistufige Verwaltungsaufbau in Thüringen muss aus unserer Sicht schrittweise in die
1237 Zweistufigkeit überführt werden. Hierzu sind die über 70 staatlichen Mittelbehörden im Regelfall
1238 aufzulösen. Deren Aufgaben und das Personal sind auf die kommunale Ebene zu übertragen. Die
1239 dadurch entstehenden Kosten müssen den Kommunen erstattet werden. Durch die Kommunalisierung
1240 wird erstmalig ein Großteil der Aufgabenerledigung einer tatsächlichen demokratischen Kontrolle und
1241 Steuerung unterzogen. Die weitere Aufgabenübertragung kann nicht in die derzeit bestehende
1242 kommunale Verwaltungs- und Gebietsstruktur erfolgen, weil diese zu kleingliedrig ist. Das Leben
1243 findet für die Einwohnerinnen und Einwohner vorrangig in den Gemeinden statt. Ihren berechtigten
1244 Anspruch, dass alle kommunalen Angelegenheiten konzentriert durch die Städte und Gemeinden
1245 wahrgenommen werden, wollen wir realisieren. Deshalb sind leistungsfähige und bürgerorientierte
1246 Gemeindestrukturen notwendig. Nur so lassen sich solche Projekte wie die Bürgerkommune oder der
1247 Bürgerhaushalt in der Praxis umsetzen. Leistungsstarke Gemeinden sind auch eine Voraussetzung für
1248 mehr kommunale Demokratie und Bürgermitwirkung. Die Bürgernähe wird dadurch gesichert, dass in
1249 allen Gemeinden Bürgerservicebüros eingerichtet werden. Hier können die Einwohnerinnen und
1250 Einwohner alle Angelegenheiten erledigen, auch die, für die andere Behörden zuständig sind. Die
1251 bisherigen Landkreise können dann, in einem weiteren Schritt, in Regionalkreise umgewandelt
1252 werden. Diese Regionalkreise nehmen nur noch Aufgaben von überörtlicher Bedeutung wahr. Eine
1253 Unterscheidung zwischen kreisfreien und kreisangehörigen Städten und Gemeinden ist unter diesen
1254 Bedingungen nicht mehr erforderlich. Die bisherigen Verwaltungsgemeinschaften sollten nur noch im
1255 Ausnahmefall fortbestehen. Durch Änderungen im Kommunalwahlrecht wird DIE LINKE sichern, dass
1256 bei der Wahl der Kreistage die regionale Verankerung gesichert bleibt. Die in Thüringen bestehenden
1257 Planungsregionen sind eine Struktur, die als Grundlage für das Regionalkreismodell dienen kann.
1258 Freiwillige Strukturveränderungen wird DIE LINKE in einer mittelfristigen Übergangsphase besonders
1259 fördern.

1260 Alle Strukturveränderungen werden im Dialog mit den Einwohnerinnen und Einwohnern vollzogen.
1261 Deshalb sind die Neugliederungsmaßnahmen durch Einwohnerentscheide zu bestätigen. Für die
1262 anstehenden Reformen soll eine umfassende Beteiligung und Mitwirkung aller betroffenen
1263 Beschäftigten und Beamten durch die Ausweitung des Thüringer Personalvertretungsrechtes gesichert
1264 werden.

1265 Ziel der Thüringer LINKEN ist die Schaffung eines modernen einheitlichen Arbeits- und Dienstrechtes.
1266 Eine LINKE Landesregierung tritt für die Stärkung der Europafähigkeit der Verwaltungen durch Ausbau
1267 der Sprachkompetenz und internationale Austauschmaßnahmen ein.

1268

1269 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Bürgernahe Rechts- und Justizpolitik gestalten!**

1270 Ziel LINKER Rechts- und Justizpolitik ist die Stärkung und Gewährleistung sozialer Gerechtigkeit sowie
1271 eine demokratische und solidarische Zivilgesellschaft, in die sich Bürgerinnen und Bürger aktiv
1272 einbringen. Deshalb soll der Thüringer Justiz mehr Eigenverantwortung zugewiesen werden, und zwar
1273 in konsequenter Stärkung der Selbstverwaltung der Justiz. Der Thüringer Justiz ist eine Stellung zu
1274 verschaffen, die ihr nach dem Gewaltenteilungsprinzip dem Grunde nach zugewiesen ist. Dem dient
1275 auch die weitere Demokratisierung und der Ausbau der Unabhängigkeit und Selbstverwaltung der
1276 Thüringer Justiz, verbunden mit der verstärkten Ausgestaltung politischer und sozialer Grund- und
1277 Bürgerrechte.

1278 Zugleich soll das Zusammenspiel zwischen Gerichten, Staatsanwaltschaften und der Polizei deutlich
1279 verbessert und Verfahren beschleunigt werden.

1280

1281 Für LINKE Rechtspolitik steht der Mensch mit seinen Bedürfnissen und Rechten im Bereich der
1282 Gesetzgebung im Mittelpunkt. Gesetzestexte, Verfahrensläufe, Urteile und Bescheide müssen für den
1283 Bürger verständlich und nachvollziehbar sein. Im einzufordernden Prozess der Demokratisierung sieht
1284 DIE LINKE ein Wechselverhältnis in der Entwicklung des Sozial- und Rechtsstaates. Grundsatz LINKER
1285 Rechtspolitik ist der Schutz der Benachteiligten in der Gesellschaft.

1286 Da DIE LINKE die Unabhängigkeit der Richterinnen und Richter als unabdingbar und unbeschränkbar
1287 sieht, unterstützt sie ausdrücklich die Stärkung der Gerichte in Budgetfragen. Staatsanwaltschaften
1288 müssen von politischer Einflussnahme auf ihre Ermittlungstätigkeit frei sein.

1289 Die Durchsetzung des Rechts ist durch eine ausreichende Anzahl von Richterinnen und Richtern,
1290 durch eine gute ausgestattete und ausgebildete Justiz sowie durch die Stärkung der Verfahrensrechte
1291 der Bürgerinnen und Bürger im Sinne von Transparenz in Thüringen zu sichern. Widerspruchsrechte
1292 sind ohne Kostenfolgen zu gewährleisten. Alle Versuche, die Wahrnehmung von Rechtsschutz durch
1293 finanzielle Hürden zu erschweren, werden zurückgewiesen. DIE LINKE lehnt auch Einschränkungen bei
1294 der Prozesskostenhilfe und der Beratungshilfe ab.

1295

1296 DIE LINKE will einen modernen Strafvollzug, der konsequent an Erfordernissen der Sozialisierung und
1297 Resozialisierung ausgerichtet ist. Nur eine wirksame und langfristige erfolgreiche (Re-)Sozialisierung

1298 von straffällig gewordenen Menschen, insbesondere Jugendlichen, bringt den Menschen und damit der
1299 Gesellschaft nachhaltige Sicherheit.

1300
1301 DIE LINKE wird das Thüringer Jugendstrafvollzugsgesetz novellieren, um dem Erziehungsgedanken
1302 konsequent Rechnung zu tragen.

1303 In den Vollzugseinrichtungen sind die Arbeitsbedingungen für die Bediensteten und die
1304 Unterbringungsbedingungen sowie die ärztliche Versorgung der Strafgefangenen zu verbessern.

1305 Zur stärkeren Transparenz und politischen Akzeptanz schlägt DIE LINKE vor, in allen öffentlichen
1306 Verwaltungen Antikorruptionsbeauftragte mit Kontrollrechten einzusetzen.

1307 Und DIE LINKE lehnt jede Privatisierung von hoheitlichen Aufgaben ab.

1308

1309 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Gegen Rechtsextremismus und Neofaschismus!**

1310 Eine zukünftige Landesregierung unter Beteiligung der LINKEN wird sich zum Kampf gegen den
1311 Rechtsextremismus bekennen. Sie wird Partner gesellschaftlicher Akteure sein und ein Klima der
1312 gegenseitigen Wertschätzung und Akzeptanz schaffen.

1313 Rechtsextreme Organisationen, Aktivitäten und Einstellungen gefährden Demokratie und Freiheit.

1314 Thüringen belegt inzwischen im Ländervergleich bei rechtsextremen Gewalttaten den dritten Platz, die
1315 Mitgliederzahlen der NPD in Thüringen steigen, damit geht eine aggressive Aktivierung der
1316 Anhängerschaft einher.

1317 Zivilgesellschaftliches Engagement ist in Thüringen in vielen Städten und Orten verankert. Eine
1318 nachhaltige, strukturelle und durchdachte Strategie seitens der staatlichen Verantwortungsträger fehlt
1319 jedoch. Deshalb fordert die DIE LINKE ein Landesprogramm für Demokratie und Vielfalt. Es soll die
1320 Situation des Rechtsextremismus in Thüringen analysieren sowie staatliche und zivilgesellschaftliche
1321 Aktivitäten ebenso wie Demokratieentwicklung und Geschichtsforschung mit Zuschüssen und
1322 Förderungen unterstützen.

1323 Staatliche Maßnahmen und gesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus müssen im
1324 Gleichklang erfolgen. Wir setzen uns für ein erneutes Verbotverfahren gegen die NPD ein.

1325

1326 Das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz hat sich als untauglich in der Auseinandersetzung mit
1327 dem Rechtsextremismus erwiesen. Mit fragwürdigen Methoden werden Informationen gewonnen, die
1328 anschließend weder öffentlich noch gegenüber anderen Behörden sinnvoll eingesetzt werden.
1329 Mehrfach unterrichtete der Verfassungsschutz Polizeibehörden nicht über bevorstehende
1330 Neonaziveranstaltungen und provozierte so für die Beamten unklare und gefährliche Einsätze.

1331 Deshalb will DIE LINKE, als Ersatz für das Landesamt für Verfassungsschutz die Erledigung derartiger
1332 Aufgaben durch ein Dokumentationszentrum für Menschen- und Grundrechte übernehmen lassen.

1333

1334 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Gegen Datenmissbrauch und für eine aktive
1335 Sicherheitspolitik!**

1336 DIE LINKE setzt sich konsequent für wirksamen Datenschutz ein, für klare Regelungen in der
1337 Überwachung und gegen die Ausforschung der Bürgerinnen und Bürger. Eingriffe in die Privatsphäre
1338 der Bürgerinnen und Bürger dürfen nur in engen und scharf kontrollierten Grenzen im Rahmen der
1339 Gesetze erfolgen. Das gilt auch und besonders im Bereich der Arbeitsagenturen, Finanzämter und
1340 Sozialbehörden. Dem Drang der Privatwirtschaft nach immer genaueren Profilen von Kunden und
1341 Nutzern sind Grenzen zu setzen. Die LINKE setzt sich für ein Verbot des Handels mit persönlichen
1342 Daten ein.

1343 Rechte und Möglichkeiten des Datenschutzbeauftragten können verbessert werden. Ihm wird ein
1344 Vorbehalt bei der Errichtung datenschutzrechtlicher Einrichtungen eingeräumt. Das
1345 Sicherheitsüberprüfungsgesetz gehört auf den Prüfstand. Dort geregelte weit reichende
1346 Ausforschungsmöglichkeiten des Staates im persönlichen Umfeld von Arbeitnehmern sollen
1347 eingeschränkt werden. Wir werden auch ein modernes Informationsfreiheitsgesetz mit umfassenden
1348 Auskunftsrechten, nur wenigen Einschränkungen und entgeltfreier Auskunft erarbeiten.

1349

1350 DIE LINKE tritt für eine ursachenbezogene und lösungsorientierte Sicherheitspolitik ein. Polizeipolitik
1351 soll bürgerrechtsorientiert und nicht vollzugsorientiert sein. Durch adäquate Flächenstruktur der
1352 Polizeiinspektionen und mehr Kontaktbereichsbeamte soll der Vor-Ort-Bezug gestärkt werden.
1353 Basisdienststellen sind das A und O einer bürgernahen Polizei und probates Mittel zur effektiven
1354 Kriminalitätsbekämpfung und zum Abbau von Sicherheitsängsten. Die LINKE fordert mehr Polizisten
1355 im Streifenendienst und nicht immer mehr leblose Überwachungstechnik. Thüringen muss seine
1356 Ausbildungszahlen bei der Polizei erhöhen und den Dienst attraktiver machen. Polizisten müssen zur
1357 Wahrung staatlicher Hoheitsaufgaben gut ausgebildet, ausgestattet, gut bezahlt und motiviert sein.
1358 Hemmnisse und Fehlentwicklungen müssen behoben werden. Interne Kontrolle versagte an vielen
1359 Stellen. Bürger haben ein hohes Vertrauen in die Polizei. Eine Polizeibeswerdestelle könnte den

1360 angestrebten Wandel im Selbstbild der Polizei befördern. Wo eine derartige Kommission arbeitete (z.B.
1361 Großbritannien) hat sich die Zufriedenheit der Bürger mit der Polizei als auch die der Beamten selbst
1362 deutlich erhöht. Zudem fordert DIE LINKE die anonymisierte Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen
1363 und Polizisten.
1364 Zur Erhöhung des Eigenschutzes der Polizeibeamten, um Einsatzlagen sicherer zu bestreiten,
1365 gefundene Waffen schnell und eindeutig zuzuordnen und die Kontrolle des Waffenbesitzes zu
1366 vereinfachen bzw. zu vereinheitlichen bleibt DIE LINKE bei ihrer Forderung nach einem zentralen
1367 Waffenregister.
1368 Eine notwendige Polizeistrukturereform muss im Rahmen der Umsetzung der Funktional-, Verwaltungs-
1369 und Gebietsreform gemeinsam mit Betroffenen erarbeitet und umgesetzt werden. Bei den
1370 Polizeidirektionen orientiert sich DIE LINKE an den bestehenden 4 Planungsregionen. Ziel sind Abbau
1371 der Verwaltungsarbeit im Polizeidienst und Stärkung der eigentlichen Polizeiarbeit, die qualitativen
1372 neuen Anforderungen gewachsen sein muss.
1373 Das verfassungswidrige Polizeiaufgabengesetz und das Thüringer Verfassungsschutzgesetz werden
1374 durch DIE LINKE so novelliert, dass die Grundrechte der Bürger nicht unverhältnismäßig eingeschränkt
1375 werden. Ziel ist ein wirksamer Rechtsschutz, der insbesondere Eingriffe in Grundrechte ohne
1376 richterliche Genehmigung verbietet und die Betroffenen nach Beendigung entsprechende Eingriffe
1377 über die Maßnahmen so informiert werden, dass sie die Maßnahme auch nachträglich gerichtlich
1378 überprüfen können.
1379

1380 DIE LINKE setzt sich weiterhin für einen flächendeckenden Brand- und Katastrophenschutz und für die
1381 Stärkung der Freiwilligen Feuerwehren ein. Gemeinsam mit den Betroffenen sollen personelle und
1382 strukturelle Neuausrichtungen der Feuerwehren diskutiert und umgesetzt werden.
1383 Ein entsprechendes Maßnahmenpaket muss vor allem die durch den demografischen Wandel und
1384 arbeitsbedingte Abwanderung insbesondere im ländlichen Raum zu Problemen führenden
1385 Rahmenbedingungen korrigieren, Anreize zum Engagement in den Feuerwehren schaffen und
1386 Ausgleichsmaßnahmen wie einen wirksamen Versicherungsschutz oder den Ausgleich von Arbeitszeit
1387 für den ehrenamtlichen Einsatz enthalten.
1388 DIE LINKE wird sich für eine bessere Zusammenarbeit der Behörden im Bereich der Gefahrenabwehr
1389 einsetzen und die Zusammenführung des Rettungsdienstgesetzes und des Brand- und
1390 Katastrophenschutzgesetzes prüfen.
1391

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Thüringen braucht mehr Menschen und Zuwanderung!

1392 Thüringen war immer und ist ein weltoffenes Land, lebt und profitiert vom demografischen Zuzug.
1393 Darum ist eine Neuprofilierung der Integrationspolitik notwendig. Zudem fördert eine Politik der
1394 Integration von Migrantinnen und Migranten die Bekämpfung rechtsextremer Tendenzen und
1395 rassistischer Einstellungen in der Bevölkerung.
1396 Darum wird DIE LINKE sich weiterhin für die uneingeschränkte Gleichstellung der in Thüringen
1397 lebenden Migrantinnen und Migranten einsetzen. DIE LINKE fordert darum, die Abschaffung der
1398 Residenzpflicht für Asylsuchende, die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen bzw.
1399 Wohnformen des individuell betreuten Wohnens, die Leistungsgewährung nach
1400 Asylbewerberleistungsgesetz in Form von Bargeld, die Förderung eines landesweiten
1401 Beratungsnetzwerkes für Flüchtlinge und einen Maßnahmenkatalog für die Integration von
1402 Migrantinnen und Migranten in Thüringen.
1403 Dazu setzt eine LINKE Landesregierung eine Integrationsbeauftragte mit Vortragsrecht beim
1404 Ministerpräsidenten, im Kabinett und im Thüringer Landtag ein. Sie soll insbesondere wirtschaftliche,
1405 soziale und politische Benachteiligungen abbauen und dazu landesweite Netzwerke, Kommunen und
1406 Ressorts beraten. Damit sichert eine Landesregierung, dass engagierte Einbringen und die Akzeptanz
1407 von Spätaussiedlern und Zuzüglern, denn wir brauchen ihr Engagement, ihre Partizipation für ein
1408 weltoffenes und tolerantes Thüringen.
1409
1410

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Frieden fängt vor der Haustür an – Thüringen sagt Nein zu Krieg und Gewalt!

1411 Die LINKE ist eine Antikriegspartei. Als solche nimmt sie auch in Bundesländern und Kommunen ihre
1412 Verantwortung für eine aktive Friedenspolitik wahr. Krieg und Gewalt dürfen kein Mittel zur Lösung
1413 politischer Konflikte sein. Es gibt andere Sicherheitskonzepte, es gibt eine andere politische Kultur.
1414 Kinder wachsen in einer zunehmend militarisierten Welt auf. Sie kennen Krieg aus Medien, aus
1415 Spielen. Wir halten es für eine notwendige Aufgabe, die Lehr- und Unterrichtsplanung und den Gehalt
1416 des Unterrichtes unter dem Aspekt der Friedenserziehung sowie des „Einer-Welt-Gedankens“ zu
1417 verstärken. Antimilitarismus und friedliche Konfliktlösung gehören in Erziehungs- und Lehrpläne.
1418 Kriegsspielzeug hat nichts in Kindergärten und Schulen verloren. Kinder und Jugendliche dürfen nicht
1419
1420
1421

1422 unkritisch mit Armeen und Waffen konfrontiert werden. Zurschaustellung von Kriegsgerät in
1423 Ausstellungen und bei öffentlichen Anlässen muss aufhören. Der Missbrauch von Waffen muss
1424 geächtet werden. Jugendliche und Heranwachsende müssen sich eine eigene Meinung zum
1425 Wehrdienst und zum Berufssoldatentum bilden können. Unkritische Werbung für diese in Schule und
1426 durch Arbeitsagenturen sowie die Verharmlosung von Krieg und Gewalt in den Medien lehnen wir ab.
1427 Auch Universitäten müssen Verantwortung übernehmen. Forschung für und Drittmittelannahme durch
1428 Rüstungskonzerne lehnen wir ab.
1429 DIE LINKE setzt sich zudem als Friedenspartei konsequent für die Konversion, d. h. die Umwidmung
1430 bisher militärisch genutzter Flächen, Standorte und Unternehmen für zivile Zwecke ein.
1431 Militärische Nutzbarkeit und Missbrauch ziviler Forschung muss für die zukünftige
1432 Wissenschaftlergeneration wieder Thema werden.
1433 Wir sehen die Bundeswehrangehörigen und ihre Familien jedoch auch als Teil der Gesellschaft.
1434 Standorte sind verflochten mit der strukturellen und infrastrukturellen Entwicklung von Kommunen.
1435 Dort wo Militär- und Rüstungsgüter in Thüringen produziert werden, werden wir uns zusammen mit
1436 Wissenschaft, Arbeitnehmervertretungen und Wirtschaft dafür einsetzen, Alternativen zur
1437 Rüstungsproduktion zu entwickeln. Thüringen setzt sich im Bund für die Rücknahme der Stellen für
1438 zivil-militärische Zusammenarbeit auf Kreisebene ein. Thüringen sollte verstärkt auf
1439 Städtepartnerschaften mit Ländern außerhalb der Industrienationen setzen, um einen Austausch über
1440 Krisen- und Kriegsursachen und deren Bekämpfung im globalen Maßstab in der Bürgerschaft zu
1441 ermöglichen.
1442 Zum zivilgesellschaftlichen Leben im Friedensland Thüringen gehört die ungehinderte Tätigkeit von
1443 Friedensgruppen, Institutionen und auf die Verbreitung des Friedensgedankens gerichteter
1444 Bewegungen auf lokaler und Landesebene: So z. B. die Ostermarschbewegung (wie gegen die
1445 Weiterführung des Truppenübungsplatzes Ohrdruf), überparteiliche Friedenskreise in Kreisen und
1446 Städten, Zusammenschlüsse junger Friedensbewegter, die kirchliche Friedensarbeit. DIE LINKE sieht
1447 sich als Teil der Friedensbewegung.
1448 Für DIE LINKE ist Landespolitik auch Friedenspolitik. Mit einem Rüstungsatlas können Bürgerinnen
1449 und Bürger über rüstungsrelevante Forschung und Produktion informiert werden.
1450 Da die gegenwärtig auf Militarisierung und Auslandseinsätze der Bundeswehr gerichtete Außen- und
1451 Sicherheitspolitik der Bundesrepublik die Sicherheit und die Lebensverhältnisse der Bürgerinnen und
1452 Bürger in unserem Land Thüringen in direkter Weise beeinflusst, setzen wir uns dafür ein, dass auch
1453 Landtag und Landesregierung als gewählte Organe des Freistaates Thüringen ihren Einfluss im Bund
1454 und insbesondere auch im Bundesrat im Interesse ihrer Bürger geltend machen, um eine Änderung
1455 der Außenpolitik der Bundesrepublik im Sinne von Frieden und Gewaltfreiheit zu erreichen.
1456
1457 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Thüringen im Bund und in Europa wirksamer**
1458 **vertreten!**
1459 In Fragen des Föderalismus und der Vertretung Thüringens im Bundesrat sowie in den Bund-Länder-
1460 Beziehungen treten wir dafür ein, die Parlamente der Länder gegenüber den Landesregierungen zu
1461 stärken.
1462 Die Europäische Union kann ein demokratisches Erfolgsmodell zur Friedenswahrung und
1463 Wohlstandsteilhabe sein, bedarf aber dringend der sozialstaatlichen und direktdemokratischen
1464 Ausgestaltung. Thüringen setzt sich als östliches Bundesland für die gleichberechtigte Teilhabe der
1465 neuen EU-Mitgliedsstaaten ein.
1466 Die Brüsseler Vertretung wird als Frühwarnsystem zur Beeinflussung europäischer Politik im Interesse
1467 der Länder und Regionen gestärkt und in europäischen Netzwerken deren Durchsetzungskraft erhöht.
1468 Dies gilt insbesondere für eine starke Vertretung im Ausschuss der Regionen. Die öffentliche
1469 Akzeptanz des Gremiums soll insbesondere in Rechtssetzungsverfahren gegenüber der Kommission
1470 zur Einflussnahme der Länder und Regionen erhöht werden. Vor allem die EU-Strukturfonds müssen
1471 stärker auf den Bedarf der Regionen ausgerichtet werden.
1472
1473 Die wirksame Vertretung der Interessen des Freistaates auf Bundes- und Europaebene wird durch
1474 interregionale Zusammenarbeit ergänzt. Dazu wird die Landesregierung die Partnerschaften mit
1475 Litauen und Polen, mit Ungarn und den französischen Partnerregionen vertiefen. Aus Mitteln des
1476 Wettspielbetriebes sowie von Lotterien sollen Städte- und Schulpartnerschaften, internationale
1477 Austauschprogramme von Kindern und Jugendlichen sowie Projektkooperationen mit Regionen in
1478 Asien, Afrika und Lateinamerika gefördert werden. Damit will DIE LINKE auch ihrer globalen
1479 Verantwortung für die Durchsetzung von Menschenrechten und die Stärkung demokratischer und
1480 rechtsstaatlicher Grundprinzipien in Partnerländern gerecht werden. Die Erfahrungen aus
1481 internationalen Kooperationen wirken in den Erfahrungshorizont von Bürgerinnen und Bürgern in
1482 Thüringen zurück, stärken das Engagement und die Zivilgesellschaft sowie das Problembewusstsein
1483 für Verantwortung in der einen gemeinsamen Welt.

1484
1485
1486
1487
1488
1489
1490
1491
1492
1493
1494
1495
1496
1497
1498
1499
1500
1501
1502
1503
1504
1505
1506
1507
1508
1509
1510
1511
1512
1513
1514
1515
1516
1517
1518
1519
1520
1521
1522
1523
1524
1525
1526
1527
1528
1529
1530

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für eine gerechte Steuerpolitik und gleichwertige Lebensverhältnisse!

Die Regierung Althaus und die vorherigen CDU-Regierungen haben im Bundesrat alle Steuerreformen unterstützt, mit denen in den vergangenen Jahren die großen Unternehmen bzw. Vermögen entlastet und die einfachen Bürgerinnen und Bürger belastet wurden.

Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet und das Prinzip eines solidarischen und sozialstaatlichen Föderalismus wollten sie zugunsten eines Wettbewerbsföderalismus mit Dumpinglöhnen, Unterbietungssteuersätzen und eines dogmatischen Schuldenverbotes aufs Spiel setzen. Die Folgen dieser Politik trägt auch das Land Thüringen mit seinen Städten und Gemeinden, die vielfach Pflichtaufgaben nicht mehr finanzieren können. Im Vergleich zu den Vorjahren wird Thüringen im Jahr 2020 rund 1,5 Mrd. Euro weniger Einnahmen aus Solidarpakt-Mitteln erhalten.

Wir werden deshalb im Bundesrat alle Initiativen unterstützen, mit denen eine höhere Steuergerechtigkeit wieder hergestellt und die großen Unternehmen sowie die Besitzer großer Vermögen wieder angemessen an der Finanzierung der Solidargemeinschaft beteiligt werden.

Wir wollen Steuerschlupflöcher schließen sowie die Steuerehrlichkeit verbessern und werden in diesem Sinne auch die Ausstattung der Finanzämter prüfen.

Wir werden bei der Ausgestaltung von Fördermitteln des Bundes und der Europäischen Union im Besonderen die Bedürfnisse der thüringischen Städte und Gemeinden zur Geltung bringen.

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Solide Landesfinanzen durch Konsolidierung und Investitionen!

Nach 20 Jahren CDU-Regierungen benötigt Thüringen einen umfassenden Kassensturz und eine solide Finanzplanung für den von uns angestrebten politischen Wechsel. Wir brauchen dringend Klarheit, welche finanziellen Erblasten die Thüringer Bevölkerung aufgrund der verfehlten Politik der vergangenen Jahre in der Zukunft wirklich zu tragen haben wird.

Künftige Landeshaushalte müssen schwierigen Anforderungen genügen. Um die Verwaltung des Mangels durch eine zukunftsfähige Politik ablösen zu können, ist eine Doppelstrategie aus Investitionen und Haushaltskonsolidierung nötig. Ein Verschuldungsverbot in der Verfassung wird es mit der LINKEN nicht geben.

DIE LINKE steht für den Grundsatz: starke Schultern können mehr tragen als schwache. Im Unterschied zur CDU wird es mit uns eine Stärkung öffentlicher Daseinsvorsorge statt neoliberaler Privatisierungseuphorie geben.

Wir werden die variablen Teile der im Landeshaushalt zur Verfügung stehenden Mittel für eine Neuausrichtung der thüringischen Politik im Sinne unserer Leitprojekte einsetzen.

Wir werden nicht alle unsere Ziele sofort erreichen können – aber wir wollen sie Schritt für Schritt umsetzen.

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme!

Thüringen braucht VERÄNDERUNG!

Auf Ihre Entscheidung kommt es an!

Darum ihre Stimme für DIE LINKE!